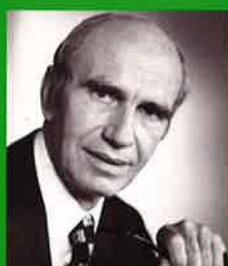


HARALD HITZ · FRANZ PÖTSCHER
ERICH RABL · THOMAS WINKELBAUER (HGG.)

WALDVIERTLER BIOGRAPHIEN

BAND 3



Markus Holzweber

Johann Haider (1921–1997)
Sein Lebenswerk war die bäuerliche Sozialpolitik

Sonderdruck aus

**Waldviertler
Biographien**

Band 3

Herausgegeben von

Harald Hitz
Franz Pötscher
Erich Rabl
Thomas Winkelbauer

Waldviertler Heimatbund, Horn – Waidhofen an der Thaya 2010

Johann Haider (1921–1997) **Sein Lebenswerk war die bäuerliche Sozialpolitik**



Abb. 1: Johann Haider (stehend, zweiter von links) 1953.

Foto: Fritz Haider

Johann Haider¹⁾ wurde am 8. November 1921 in Oberrosenauerwald als vierter Sohn einer Bauernfamilie geboren. Er besuchte in Groß Gerungs die Volks- und die erste Klasse der Hauptschule. Daran anschließend führte ihn sein Studienweg an das Stiftsgymnasium Melk (1932–38) und 1938/39 an das Staatsgymnasium in St. Pölten. Sein Berufsziel war es, Priester zu werden.²⁾ Bereits als Diakon, und kurz vor der Priesterweihe stehend, erfolgte die Einberufung zur Deutschen Wehrmacht. Mehrmals wurde er an der Ostfront verwundet, unter

¹⁾ Für Hilfestellungen, Anregungen und Diskussionen möchte ich mich bei Fritz, Hans und Elisabeth Haider, Andreas Fuchs (Stadtgemeinde Groß Gerungs), Prof. Friedel Moll (Stadtarchiv Zwettl) und Dr. Guenther Steiner (Institut für Geschichte des ländlichen Raumes St. Pölten) herzlich bedanken.

²⁾ Auskunft Fritz Haider.

anderem überlebte er einen „Halsdurchschuss“. In Berlin geriet er in amerikanische Gefangenschaft. Mit oberösterreichischen Kollegen gelang ihm Mitte September 1945 die Flucht aus dem Kriegsgefangenenlager Emden. Einige Jahre später schrieb er an einen ehemaligen Kameraden: *Nach unserer seinerzeitigen Trennung in Bayern haben mich im Mühlviertel die Russen geschnappt und auf die Kommandatur geschleppt. Bei der Einvernahme schimpfte ich weidlich über die Engländer und Amerikaner und brachte meine Freude zum Ausdruck, dass ich endlich in der gelobten Russenzone angekommen bin. Mit einem freundlichen Schulterklopfen und den Worten „Du gut Kamerad, nach Hause gehen“ konnte ich dann wieder anstandslos meinen Weg fortsetzen.*³⁾

In der Heimat kam er am 26. September 1945 an. Am elterlichen Hof traf er lediglich seinen Vater an, Johann Haider musste „sofort Bauer und Hausfrau spielen“⁴⁾, da seine Mutter Maria inzwischen verstorben, sein Bruder Ludwig gefallen und sein anderer Bruder Rupert in Gefangenschaft war.

Bis zum Herbst 1946 half Johann Haider in der elterlichen Landwirtschaft mit. Am 15. August 1946 heiratete er seine Frau Maria, der Ehe entsprangen drei Kinder.⁵⁾

Kurz nach der Eheschließung begann er beim Niederösterreichischen Bauernbund als Sekretär zu arbeiten. Seit 1. Oktober 1946 wirkte er dort am Aufbau der bäuerlichen Berufsvertretung mit. Johann Haider erkannte, dass Politik nie ohne Menschen stattfindet und immer an den Menschen orientiert sein muss. Franz Romeder sagte anlässlich des 50. Geburtstages: „Jahrelang machte er im Einsatz für die Bauern [...] Niederösterreich unsicher.“⁶⁾ Johann Haider führte Ende der 50er Jahre des 20. Jahrhunderts Sprechtag in Groß Gerungs ein. Mit der Einrichtung der bäuerlichen Zuschussrente⁷⁾ stieg das Informationsbedürfnis der Bevölkerung; diesem trug Haider mit diesen Sprechtagen Rechnung. In der Zeit von 1959 bis 1969 begleitete ihn der spätere Präsident des NÖ Landtages, Franz Romeder. „Diese Sprechtag, meist im Abstand von 14 Tagen, waren einzigartig. Sie begannen um neun Uhr und dauerten bis 13 bzw. 14 Uhr. Jeder von uns hatte 60 bis 70 Vorsprachen. Diese Sprechtag waren für alle Menschen. Jeder konnte mit jedem Problem zu uns kommen.“⁸⁾ Aufgrund des großen Be-

³⁾ Nachlass Johann Haider, Schreiben von Johann Haider an Hans Leichtfried vom 23. Februar 1954.

⁴⁾ Stadtarchiv [StA] Zwettl, Zwettler Nachrichten der NÖ Land-Zeitung, 92. Jg., Nr. 43 (21. Oktober 1971) S. 2.

⁵⁾ Elisabeth, Fritz und Hans.

⁶⁾ StA Zwettl, Zwettler Nachrichten (wie Anm. 4) S. 2.

⁷⁾ Die Landwirtschaftliche Zuschussrente – die der Bauernbund am Bauerntag in Innsbruck im Jahre 1953 forderte – sah mit 1. Jänner 1958 erstmals eine Rente für Bauern im Alter, bei Erwerbsunfähigkeit und Tod vor. Vgl. Landwirtschaftliches Zuschussrentenversicherungsgesetz vom 31. Dezember 1957, BGBl. 293/1957.

⁸⁾ Landtagspräsident a.D. Mag. Franz Romeder, Auskunft am 13. Oktober 2008.

dürfnisses der Menschen wurde dieses Angebot in Zwettl, Allentsteig, Ottenschlag und später auch im Bezirk Gmünd angeboten.

Zusätzlich zu seiner Tätigkeit im NÖ Bauernbund begann Johann Haider 1948 an der Universität Wien zu studieren. „In Rekordzeit“⁹⁾ schloss er die rechts- und staatswissenschaftlichen Studien 1951, also nur drei Jahre später, mit dem Titel „Dr. iur.“ ab. Diese juristischen Kenntnisse waren mit Sicherheit für seine erläuternden und kritischen Bemerkungen zur Straßenverkehrsordnung notwendig. Aus bäuerlicher Sicht kritisierte er die Detailverliebtheit der verschiedensten Vorschriften, von den Reifenprofilen bis zu den Alkoholgrenzen. Haider sprach sich für eine vernünftige Ordnung und nicht für eine alles reglementierende und damit auch lähmende aus.¹⁰⁾

In seinem weiteren politischen Werdegang blieb er dem Grundsatz verbunden, „ein treuer Waldviertler und Anwalt der Bauern“¹¹⁾ zu sein. Johann Haider betrieb Politik auf verschiedenen Ebenen: in der Bundespolitik als Abgeordneter der ÖVP im Nationalrat (1962–1983) und als Staatssekretär in der Regierung Klaus (1966–1968); in der bäuerlichen Interessensvertretung als Obmann der Bauernkrankenkasse bzw. Obmann der Sozialversicherung der Bauern (1965/1974–1988) und als Direktorstellvertreter des NÖ Bauernbundes (1966–1983); auf lokaler Ebene als Hauptbezirksparteiobmann der ÖVP Zwettl (1965–1980) bzw. als Bezirksparteiobmann der ÖVP Groß Gerungs (1969–1981) und als Bürgermeister von Groß Gerungs (1968–1976 und 1980–1984).

Engagement in der Bundespolitik – Abgeordneter zum Nationalrat und Staatssekretär

Das politische Handbuch Österreichs 1945–1972 kennt keinen Johann Haider und führt als Abgeordneten und Staatssekretär in der Regierung Klaus einen „Franz“ Haider an.¹²⁾ Im Band „Feudalherren – Bauern – Funktionäre“¹³⁾, der sich mit der österreichischen Agrarelite im 20. Jahrhundert befasst, werden

⁹⁾ Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien, Trend-Profil-Archiv, Personenmappe Haider: ÖVP Pressedienst 3/6, vom 18. April 1966.

¹⁰⁾ Vgl. Johann Haider, Komm gut heim. Die neue Straßenverkehrsordnung (StVO 1960) mit kritischen Bemerkungen (Wien 1961) S. 116.

¹¹⁾ Nachlass Johann Haider, Der österreichische Bauernbündler, 44. Jg. (15. Dezember 1988) S. 2.

¹²⁾ Dieser Fehler findet sich in beiden Ausgaben: Politisches Handbuch Österreichs 1945–1972, zusammengestellt von Wolfgang Oberleitner (Wien 1972) S. 26 und Politisches Handbuch Österreichs 1945–1980, zusammengestellt von Wolfgang Oberleitner (Wien 1981) S. 27.

¹³⁾ Elisabeth Lebensaft/Christoph Mentschl, Feudalherren – Bauern – Funktionäre. Österreichs Agrarelite im 20. Jahrhundert. Ein biographisches Handbuch (= Studien und Forschungen aus dem NÖ Institut für Landeskunde, Bd. 30, St. Pölten 2003).

zwar die Staatssekretäre von 1933–1987 angeführt, ein „Haider“ findet sich nicht darunter.

Johann Haider wurde am 14. Dezember 1962 als Nationalratsabgeordneter angelobt. Er war einer von 165 Abgeordneten und nahm im Plenarsaal in der – bäuerlich dominierten – vierten Reihe neben dem Mittelgang Platz.¹⁴⁾ Am selben Tag wurde er in den Finanz- und Budgetausschuss, Justizausschuss, Ausschuss für soziale Verwaltung und Verfassungsausschuss entsandt.

Erstmals wird der Abgeordnete Haider in den stenographischen Protokollen im Rahmen einer parlamentarischen Anfrage greifbar. Am 13. Februar 1963 ersuchte er Landwirtschaftsminister D.I. Eduard Hartmann um Auskunft über Maßnahmen gegen die Maul- und Klauenseuche.¹⁵⁾ Sein Interesse für landwirtschaftliche Fragestellungen und Probleme des „Bauernstandes“ waren ein ständiger Begleiter in seiner parlamentarischen Tätigkeit.

In der X. Gesetzgebungsperiode hielt Johann Haider neun Reden, seine erste am 27. Februar 1963. In der Diskussion über die Körperschaftsteuernovelle 1963 meldete er sich zu Wort und plädierte für eine Förderung des Genossenschaftswesens. Die österreichische Landwirtschaft brauche, seiner Meinung nach, ein starkes Genossenschaftswesen. Im Zusammenhang mit der Gesetzesnovelle verwies Haider darauf, dass von steuerlicher Seite hierbei *keine Beeinträchtigung der genossenschaftlichen Arbeit*¹⁶⁾ eintreten möge. Entschieden wies er auf die Notwendigkeit der öffentlichen Fördermittel hin: *Auch in diesem Hause gibt es Menschen welche einen großen Teil unserer landwirtschaftlichen Förderungsmaßnahmen als überflüssig ansehen [...] welche es beispielsweise als wirtschaftliche Romantik bezeichnen, wenn man sich um die Lebens- und Wettbewerbsfähigkeit unserer Bergbauernbetriebe bemüht.*¹⁷⁾ Seine Sorge um den Bauernstand ist zweifelsohne erkennbar, auch dadurch, dass er in typischen Bildern von den *fleißigen Bauernhänden* und dem dadurch gedeckten Tisch spricht. Er beendete seine Rede mit dem Appell: *Gebt auch in der kommenden großen Entwicklung dem bäuerlichen Menschen sein Recht, und ihr werdet euch mit dem ehrlichen täglichen Brot bedankt finden* [Beifall bei ÖVP].¹⁸⁾

¹⁴⁾ In der vierten Reihe nahmen folgende Abgeordneten Platz: Mag. Roland Minkowitsch (Bauer und späterer Präsident des österreichischen Bauernbundes), Rudolf Graf (Bauer und späterer stellvertretender Präsident des NÖ Bauernbundes), Johann Haider, Rudolf Marwan-Schlosser (Kaufmann) und Theodor Cerny (Steinmetzmeister).

¹⁵⁾ Stenographische Protokolle über die Sitzungen des Nationalrates der Republik Österreich (X. Gesetzgebungsperiode), 4. Sitzung vom 13. Februar 1963, S. 102–103.

¹⁶⁾ Stenographische Protokolle (wie Anm. 15, X. Gesetzgebungsperiode), 5. Sitzung vom 27. Februar 1963, S. 158.

¹⁷⁾ Stenographische Protokolle (wie Anm. 15, X. Gesetzgebungsperiode), 5. Sitzung vom 27. Februar 1963, S. 158.

¹⁸⁾ Stenographische Protokolle (wie Anm. 15, X. Gesetzgebungsperiode), 5. Sitzung vom 27. Februar 1963, S. 159.



Abb. 2: Der ÖVP-Parlamentsklub im Jahre 1964.

Foto: Karl von Vogelsang-Institut

Johann Haider war in seiner ersten Zeit als Abgeordneter mit regionalen bzw. lokalen Themen sehr zurückhaltend. Lediglich das Bezirksgericht in Groß Gerungs machte er zum Gegenstand einer parlamentarischen Anfrage an Justizminister Dr. Christian Broda: *Wann, Herr Minister, wird mit der ordnungsgemäßen Ausschreibung des Postens eines Gerichtsvorstehers beim Bezirksgericht Großgerungs zu rechnen sein?*¹⁹⁾ Im Hintergrund der Frage stand ein Rechnungshofbericht aus dem Jahre 1959, der empfahl, Kleinstgerichte bei zu geringer Arbeitsauslastung zusammenzulegen. Minister Broda antwortete, dass mit der Ausschreibung des Richterpostens für das Bezirksgericht Groß Gerungs nicht zu rechnen sei und dass in Zukunft die beiden Bezirksgerichte Groß Gerungs und Ottenschlag gemeinsam von einem Richter betreut werden würden. Haider verwies auf die schleichende Entsiedelung in diesen unterentwickelten Grenzregionen und dass diese Maßnahme als „Im-Stiche-Lassen“ der dortigen Bevölkerung empfunden werden könnte. Minister Broda erklärte dem Plenum, „zur Unterrichtung der nicht ortskundigen Mitglieder des Hohen Hauses“, dass

¹⁹⁾ Stenographische Protokolle (wie Anm. 15, X. Gesetzgebungsperiode), 17. Sitzung vom 29. Mai 1963, S. 866.

der Sprengelrichter über einen eigenen PKW verfügt und dass die Entfernung zwischen Ottenschlag und Groß Gerungs nicht groß ist, somit „infolge der Versorgung beider Bezirksgerichte durch einen dadurch ausgelasteten Bezirksrichter die Interessen der rechtssuchenden Bevölkerung nicht ernsthaft geschädigt werden.“²⁰⁾ Der Abgeordnete Haider griff diese Thematik am 26. Juni 1963 erneut in einer Rede über das Bundesgesetz zur Ergänzung des Gerichtsorganisationsgesetzes auf. Er erteilte darin Plänen, den Bezirksgerichtssprengel Groß Gerungs und Zwettl zusammenzulegen und in Zwettl zu vereinigen, eine entschiedene Absage. *Man würde bald sehen, daß die Auflösung von Bezirksgerichten sogar wesentliche Mehrausgaben auf viele Jahre hinaus bringen kann.*²¹⁾

Am 6. März 1966 gewann die ÖVP die Nationalratswahl und erreichte mit 48,3% der Stimmen 85 von 165 Abgeordneten und somit die absolute Mehrheit im Parlament.²²⁾ Unter Bundeskanzler Josef Klaus kam Johann Haider am 19. April 1966 als Staatssekretär in die Bundesregierung. Haider nahm auf der Ministerbank Platz; der innerparteiliche Aufstieg ging auch mit einem „Vorrücken“ in die zweite Reihe des Plenarsaals einher.²³⁾ Bei der Vergabe der Minister- und Staatssekretärsämter mussten nicht nur die Interessen der einzelnen Bundesländer befriedigt werden, sondern auch jene der einzelnen Bünde innerhalb der Volkspartei. Heinrich Neisser sprach in diesem Zusammenhang von einer „Konzession an den Bauernbund“²⁴⁾, der eben auch einen Vertreter aus den eigenen Reihen in die Regierung reklamierte. Dementsprechend erfreut berichtete der „Österreichische Bauernbündler“, dass der NÖ Bauernbund in der Bundesregierung nunmehr durch einen „profilieren Mandatar“²⁵⁾ vertreten ist. Die „Niederösterreichischen Nachrichten“ berichteten stolz, dass neben dem Niederösterreicher Dr. Georg Prader als Verteidigungsminister nunmehr

²⁰⁾ Stenographische Protokolle (wie Anm. 15, X. Gesetzgebungsperiode), 17. Sitzung vom 29. Mai 1963, S. 867.

²¹⁾ Stenographische Protokolle (wie Anm. 15, X. Gesetzgebungsperiode), 17. Sitzung vom 29. Mai 1963, S. 879.

²²⁾ Vgl. Anton Nevlacsil, Die Alleinregierung der ÖVP und die neue Rolle der Opposition. In: Reinhard Sieder u.a. (Hg.), Österreich 1945–1995. Gesellschaft. Politik. Kultur (= Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik, Bd. 60, Wien 1995) S. 152–165; Robert Kriechbaumer, Geschichte der ÖVP. In: Robert Kriechbaumer/Franz Schausberger (Hg.), Volkspartei – Anspruch und Realität: zur Geschichte der ÖVP seit 1945 (Wien–Köln–Weimar 1995) S. 11–102, hier S. 49–54.

²³⁾ In der zweiten Reihe saßen drei Niederösterreicher: Johann Haider, Lola Solar und der Bundesminister für Landesverteidigung, Dr. Georg Prader.

²⁴⁾ Heinrich Neisser, Alleinregierung und Pressuregroups. Die Innenstruktur des Regierungssystems. In: Robert Kriechbaumer/Franz Schausberger/Hubert Weinberger (Hg.), Die Transformation der österreichischen Gesellschaft und die Alleinregierung von Bundeskanzler Dr. Josef Klaus (= Veröffentlichungen der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek, Bd. 1, Salzburg 1995) S. 139–151, hier S. 142.

²⁵⁾ Der Österreichische Bauernbündler, 22. Jg., Nr. 16 (23 April 1966).



Abb. 3: Die ÖVP-Alleinregierung:

Dr. Hans Klecatsky, Dr. Ludwig Weiss, Franz Soronics, Dr. Franz Hetzenauer, Dr. Lujo Toncic-Sorinj, Dr. Vinzenz Kotzina, Dr. Wolfgang Schmitz, Dr. Theodor Piffel-Percevic, Dr. Johann Haider, Dr. Carl Heinz Bobleter und Dr. Josef Taus (hintere Reihe)

Dr. Georg Prader, Dr. Fritz Bock, Dr. Josef Klaus, Grete Rehor und Dr. Karl Schleinzer (vordere Reihe).

Foto: Pressebildagentur Votava

auch ein „Waldviertler als Staatssekretär“²⁶⁾ in die Regierung berufen wurde. Als Staatssekretär war er dem Bundesminister für Inneres, Dr. Franz Hetzenauer, zur Unterstützung in der Geschäftsführung und zur parlamentarischen Vertretung zugeteilt.²⁷⁾ Minister Hetzenauer betraute seinen Staatssekretär mit den Agenden des Zivilschutzes. In dieser Funktion zeichnete er für eine Aufklärungs- und Informationskampagne verantwortlich. Der ÖVP-Pressedienst lobte im Besonderen die Einbeziehung der Bundesländer durch Haider: „Darüber hinaus konnte er die Bundesländer zu einer echten Kooperation in dieser Frage bringen, so daß der Zivilschutz heute nicht Streitobjekt der Kompetenzen, sondern Anliegen aller Verantwortlichen ist.“²⁸⁾

²⁶⁾ StA Zwettl, Niederösterreichische Nachrichten, Zwettler Zeitung, 97. Jg., Nr. 16 (21. April 1966) S. 1: Schlagzeile: „Eine Frau im ÖVP-Regierungsteam, Waldviertler als Staatssekretär.“

²⁷⁾ Stenographische Protokolle (wie Anm. 15, XI. Gesetzgebungsperiode), 3. Sitzung vom 20. April 1966, S. 30.

²⁸⁾ Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien, Trend-Profil-Archiv, Personenmappe Haider: ÖVP Pressedienst 4/8 vom 18. Jänner 1968. Die Aussendung war als politische Rückendeckung des Staatssekretärs gedacht, da bereits am nächsten Tag eine Regierungsumbildung erfolgte.



Abb. 4: Die ÖVP-Regierungsmannschaft auf dem Weg zur Präsidentschaftskanzlei.

Foto: Pressebildagentur Votava

Der Redakteur Josef Leutgeb interviewte Johann Haider für die „Zwettler Nachrichten“ und gab den Lesern einen ersten Eindruck vom Alltagsleben eines Staatssekretärs: „Das [...] Frage- und Antwortspiel wird mehrmals vom Läuten des Telefons unterbrochen, wobei Dr. Haider keineswegs den Faden verliert und stets wieder dort anknüpft, wo er das Interview unterbrechen mußte. Das Gefühl, dieser Mann weiß auch hier in seinem neuen Aufgabenkreis schon genau, was er will, verstärkt sich zusehends.“²⁹⁾

Johann Haider war sich bewusst, dass im Ressort nicht nur sachliche Aufgaben bewältigt werden mussten. In Anspielung auf den früheren Minister Franz Olah konstatierte er eine *Ära des Misstrauens, der Zuträgereien, des Unbehagens, der Unsicherheit, ja der Willkür gerade in personellen Angelegenheiten*.³⁰⁾ Er war sich auch bewusst, dass eine Änderung der Zustände sehr viel Einfühlungsvermögen benötigen werde. Der neue Innenminister Franz Hetzenauer und sein Staatssekretär Johann Haider versuchten in erster Linie vertrauensbildende Maßnahmen gegenüber der Beamtenschaft des Ressorts und der Exekutive zu setzen.

²⁹⁾ StA Zwettl, Zwettler Nachrichten (wie Anm. 4) 87. Jg., Nr. 18 (5. Mai 1966) S. 1.

³⁰⁾ Johann Haider, Von Helmer bis Olah. Odyssee eines österreichischen Ministeriums. In: Österreichische Monatshefte, 22. Jg., Nr. 7/8 (1966) S. 57–60, hier S. 60.



Abb. 5: Die Angelobung der ÖVP-Alleinregierung durch Bundespräsident Franz Jonas.
Foto: Pressebildagentur Votava

Durch seinen Aufstieg und die neue Funktion als Staatssekretär wurde Haider bald für das Amt des Niederösterreichischen Landeshauptmannes gehandelt. In der Nachfolge des verstorbenen Landeshauptmannes Eduard Hartmann hatte der Bauernbund, als stärkster der ÖVP-Bünde, naturgemäß das Recht, den Landeshauptmann vorzuschlagen. Staatssekretär Haider wurde ebenso wie der niederösterreichische Landesrat Andreas Maurer als Kandidat genannt. Die „Niederösterreichischen Nachrichten“ berichteten, dass Bauernbundobmann Alois Scheibenreif mit Rücktritt gedroht habe, falls man Landesrat Maurer nicht als Kandidaten des Bauernbundes nominieren würde. „Er [Scheibenreif] setzte schließlich die Nominierung Maurers durch.“³¹⁾ Diese Nominierung war im Bauernbund nicht unumstritten, da ein Teil glaubte, dass sich der Jurist Johann Haider gegenüber dem sozialistischen Regierungsteam besser durchsetzen könnte.³²⁾ Die Uneinigkeit innerhalb des niederösterreichischen Bauernbundes führte zu einer „Kampfabstimmung“³³⁾, bei der die Wahl auf den Kandidaten

³¹⁾ StA Zwettl, Niederösterreichische Nachrichten (wie Anm. 26) 97. Jg., Nr. 43 (27. Oktober 1966) S. 1 u. 3.

³²⁾ StA Zwettl, Niederösterreichische Nachrichten (wie Anm. 26) 97. Jg., Nr. 44 (3. November 1966) S. 1.

³³⁾ Vgl. Stefan E m i n g e r, Andreas Maurer, der Landeshauptmann. In: Ernst Langthaler/Reinhard Linke/Christian Posekany/Josef Redl (Hg.), Andreas Maurer. Seine Überzeugungen. Sein Wirken. Sein Niederösterreich (Leopoldsdorf 2004) S. 10–45, hier S. 15; Andreas M a u r e r, Erinnerungen (Wien–Köln–Weimar 2009) S. 91.

Scheibenreife fiel. Somit wurde Andreas Maurer zum niederösterreichischen Landeshauptmann gewählt, Johann Haider blieb Staatssekretär.

In dieser Zeit als Regierungsmitglied, vom 19. April 1966 bis zum 19. Jänner 1968, musste Haider nur einmal „seinen“ Minister im Parlament vertreten. Der Abgeordnete Othmar Meißl (FPÖ) erkundigte sich in der Nationalrats-sitzung am 1. Dezember 1966, wie viele und welche Gendarmerieposten in der Steiermark im Jahr 1966/67 aufgelassen werden. Diese Frage beantwortete Haider kurz und sachlich.³⁴⁾

Das Wirken Haiders kennzeichnet dieser – an der Sache orientierte – Stil. Dennoch waren auch Ordnungsrufe in parlamentarischen Konfrontationen nicht vermeidbar. Am 6. Dezember 1966 erhielt der junge Staatssekretär seinen ersten Ordnungsruf. In der Sitzung selbst debattierten die Abgeordneten zum Nationalrat heftig über einen aktuellen Straßenbauskanal. Der Abgeordnete Friedrich Peter (FPÖ) kritisierte bereits eingangs, dass 1966 beim Bundesstraßenbau „Riesenbeträge [...] praktisch nach dem Gefühl eingesetzt wurden“.³⁵⁾

Die Rede von Dr. Josef Gruber (ÖVP) war von Zwischenrufen gekennzeichnet, es kam zu einer Auseinandersetzung zwischen Bruno Kreisky, Johann Haider und weiteren Abgeordneten. Der Abgeordnete Franz Mayr (ÖVP) brachte den SADI-Skandal³⁶⁾ zur Sprache und hielt fest, dass 120 Millionen Schilling

³⁴⁾ Stenographische Protokolle (wie Anm. 15, XI. Gesetzgebungsperiode), 34. Sitzung vom 1. Dezember 1966, S. 2564.

³⁵⁾ Stenographische Protokolle (wie Anm. 15, XI. Gesetzgebungsperiode), 36. Sitzung vom 6. Dezember 1966, S. 2856.

³⁶⁾ Die österreichischen Stickstoffwerke, später in Chemie Linz umbenannt, tätigten mit der Firma SADI in Lausanne Düngemittelexporte, die zu einem politischen Skandal führten. Vermutet wurde eine groß angelegte Parteienfinanzierung, allerdings wurde das gerichtliche Verfahren im Jahre 1965 aus Mangel an Beweisen eingestellt. Noch in den 80er Jahren berichteten die Vorarlberger Nachrichten (2. März 1981): „20 Jahre hindurch beschäftigte diese vermutete gigantische Parteienfinanzierung zugunsten der SPÖ aus der Kasse der Linzer Stickstoffwerke, die über die Schweiz und Liechtenstein lief, die Behörden. Am 3. Dezember 1980 ist das Fürstlich-Liechtensteinische Obergericht daraufgekommen, daß die Angelegenheit seit 1971 verjährt ist.“

Abb. 6: Folder im Wahlkampf 1971.
Foto: Fritz Haider

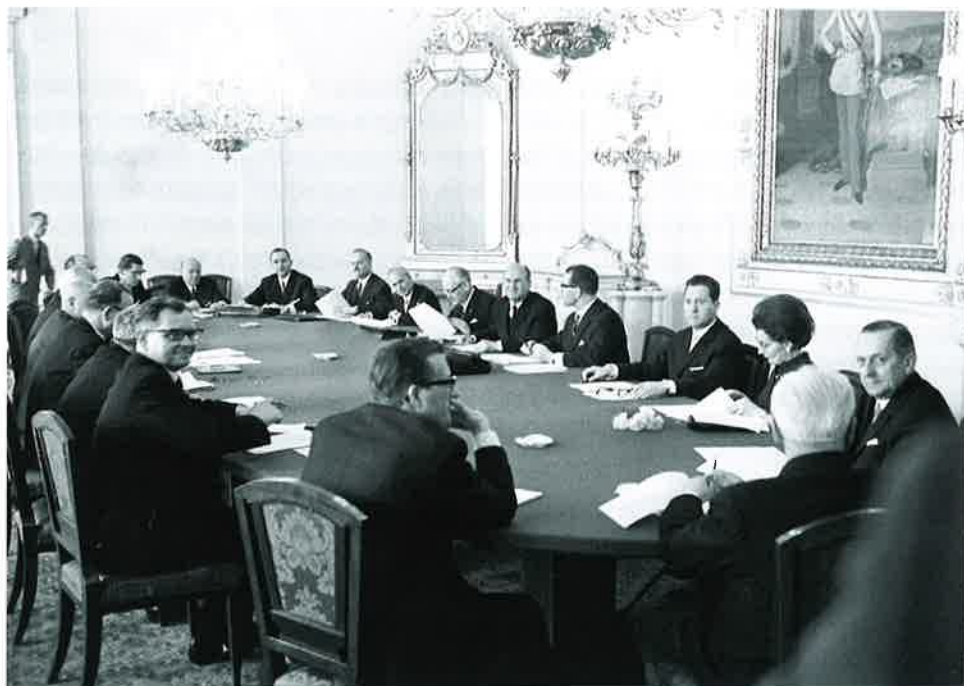


Abb. 7: Ministerrat unter der ÖVP-Aleinregierung.
Foto: Pressebildagentur Votava

„verschwunden sind“. Auf den Zwischenruf, wer nun dieses Geld bekommen habe, antwortete Haider: Die Roten! Auf diese provokante Bemerkung folgte die Entrüstung der SPÖ. Im stenographischen Protokoll werden die Zwischenrufe wie folgt wiedergegeben: „Abg. Dr. [Bruno] Kreisky: Das ist eine Lüge! Sie sind ein unverschämter Lügner! Abg. [Eduard] Weikhart: Das ist eine Frechheit und eine Lüge, so was zu behaupten! Herr Staatssekretär das ist unerhört von Ihnen! Das ist unverschämt, jemand als Lügner zu bezeichnen! Beweisen Sie es! Abg. Dr. Kreisky: Unverschämt! Und so etwas in der Regierung [...] Abg. Kreisky zu Abg. Dr. Haider: So können Sie in Versammlungen reden, aber nicht hier!“³⁷⁾ In weiterer Folge ließ sich Bruno Kreisky zu folgender Bemerkung hinreißen: „Das ist eine Lumpenbande, die so etwas behauptet, ein Lumpenpack!“³⁸⁾ Dies brachte Kreisky einen Ordnungsruf ein und „lebhaft Gegenrufe bei der ÖVP“. Auch Staatssekretär Haider erhielt vom 3. Präsidenten des Nationalrates Josef Wallner einen Ordnungsruf.

In der Zeit der ÖVP-Aleinregierung finden sich nur wenige mündliche Anfragen Haiders. Gerade in dieser Zeit spiegelten diese den loyalen Charakter

³⁷⁾ Stenographische Protokolle (wie Anm. 15, XI. Gesetzgebungsperiode), 36. Sitzung vom 6. Dezember 1966, S. 2867.

³⁸⁾ Stenographische Protokolle (wie Anm. 15, XI. Gesetzgebungsperiode), 36. Sitzung vom 6. Dezember 1966, S. 2868.

wider und waren derart positiv formuliert, dass der zur Stellungnahme aufgeforderte Minister sich selbst und seine Leistungen in den Vordergrund stellen konnte.³⁹⁾ Ein Beispiel dieser „Präsentationsfragen“: Haider fragte im Jahr 1969: *Hat die im Jahre 1968 durchgeführte Polizeisportschau, zu der sich sehr viele Zuschauer einfanden, den gewünschten Werbeerfolg gebracht?* Darauf antwortete der Staatssekretär im Bundesministerium für Inneres, Mag. Roland Minkowitsch: „Es kann daher mit Fug und Recht angenommen werden, daß der Werbeerfolg dieser Sportschau nicht unerheblich gewesen ist.“⁴⁰⁾

Die schwindende Popularität der ÖVP-Regierung⁴¹⁾, die zunehmende Defensive im Parlament und der Verlust der Mehrheit im Bundesrat 1967⁴²⁾ zwangen Bundeskanzler Klaus, personelle Maßnahmen zu setzen. Sprach die Tageszeitung „Die Presse“ am 11. November 1967 von einer „erneuerungsbedürftigen“⁴³⁾ Regierung, so folgte der Kanzler diesem „Ratschlag“ und erneuerte am 19. Jänner 1968 das Regierungsteam, um verlorenes Terrain wiederzugewinnen. Auch Staatssekretär Haider schied aus der Regierungsmannschaft aus, blieb aber dem österreichischen Parlament als Abgeordneter erhalten. Auch bei dieser Regierungsumbildung spielten die Länderinteressen eine gewichtige Rolle, die „Arbeiterzeitung“ schrieb am 17. Jänner 1968, dass das Bundesland Vorarlberg in der Regierung nicht vertreten sei und Tirol gar nur durch einen ungeliebten Staatssekretär.⁴⁴⁾ Die Kritik aus Vorarlberg ließ nicht auf sich warten und konzentrierte sich auf die beiden Staatssekretäre Karl Gruber und Johann Haider, die „nicht in Erscheinung getreten“⁴⁵⁾ seien bzw. „nicht eine echte Leistung“⁴⁶⁾ vollbracht haben sollen. Energisch forderten die „Vorarlberger Nachrichten“ ein Regierungsmitglied aus dem eigenen Bundesland: „Es geht nicht in unseren Kopf, daß Klaus, der den Vorarlbergern sehr viel verdankt, eine Kabinettsliste ohne Vorarlberg und Tirol wünscht.“⁴⁷⁾ Bereits einen Tag später hieß es in der Schlagzeile der „Arbeiterzeitung“ „Vorarlberg erzwingt Staatssekretär“ und im Text „Haider ging leer aus“.⁴⁸⁾ Der freiheitliche Abgeordnete Dr. Emil van Tongel

³⁹⁾ Nevlacsil, Die Alleinregierung der ÖVP (wie Anm. 22) S. 153.

⁴⁰⁾ Stenographische Protokolle (wie Anm. 15, XI. Gesetzgebungsperiode), 146. Sitzung vom 8. Juli 1969, S. 12660.

⁴¹⁾ Vgl. Kriechbaumer, Geschichte der ÖVP (wie Anm. 22) S. 52.

⁴²⁾ Hier ist auf die Wahlniederlagen in den Ländern Burgenland (1968), Wien, Niederösterreich, Salzburg und Vorarlberg (1969) zu verweisen. Vgl. Nevlacsil, Die Alleinregierung der ÖVP (wie Anm. 22) 155.

⁴³⁾ Beatrice Weimann-Steinweis, Josef Klaus. ÖVP-Reformer und Bundeskanzler. Zum 85. Geburtstag des letzten ÖVP-Kanzlers (Diss., Wien 1995) S. 480.

⁴⁴⁾ Arbeiterzeitung (17. Jänner 1968) S. 1.

⁴⁵⁾ Vorarlberger Nachrichten (15. Jänner 1968) S. 1.

⁴⁶⁾ Vorarlberger Nachrichten (17. Jänner 1968) S. 1.

⁴⁷⁾ Ebd.

⁴⁸⁾ Arbeiterzeitung (18. Jänner 1968) S. 1.

sprach in der parlamentarischen Sitzung vom 25. Jänner 1968 davon, dass Johann Haider „abserviert“⁴⁹⁾ worden sei.

1972 sorgte ein Ausspruch von Johann Haider im Nationalrat für einen politischen Skandal.⁵⁰⁾ In der Sitzung am 15. Februar 1972 beantwortete Bundeskanzler Bruno Kreisky eine dringliche Anfrage der ÖVP zum UNIDO-Projekt.⁵¹⁾ Die beiden Nationalratsabgeordneten Walter Suppan und Johann Haider sollen nach der Nennung von Firmennamen die Aussagen getätigt haben: *Lauter Juden bzw. auch ein Jude.*⁵²⁾ Die Sitzung wurde daraufhin unterbrochen, später sprach ÖVP-Klubobmann Stephan Koren sein Bedauern über diese Bemerkungen aus. Die österreichische Tagespresse reagierte empört. Haider sprach in der Zeit im Bild von einer *Massenhysterie* und versuchte seine Aussage dadurch zu rechtfertigen, dass er meine, Salzburger, Bayer, Waldviertler oder Pole genauso *mit der gleichen emotionsfreien Unterlage*⁵³⁾ sagen zu können wie Jude. Am 21. Februar tagte das ÖVP-Präsidium und verurteilte die Aussagen der beiden Abgeordneten.⁵⁴⁾ Der Ausspruch von Klubobmann Koren, der nach dem Vorfall „allgemein“ über das Problem der Alkoholisierung im Parlament sprach, hatte ein gerichtliches Nachspiel. Ein Redakteur der Zeitschrift „Stern“ setzte über einen Artikel die Überschrift „Der Abgeordnete, der aus der Milchbar kam“. Im Artikel selbst wird eine Alkoholisierung des Abgeordneten Haider angenommen. Johann Haider klagte, der Redakteur wurde wegen Ehrenbeleidigung zu 1000 Schilling Geldstrafe verurteilt.⁵⁵⁾



Abb. 8: Der Politiker Johann Haider wirbt für „Die Furche“.
Original: NÖN, Zwettler Zeitung vom 14. Februar 1980

⁴⁹⁾ Stenographische Protokolle (wie Anm. 15, XI. Gesetzgebungsperiode), 90. Sitzung vom 25. Jänner 1968, S. 7177.

⁵⁰⁾ Vgl. Evelyn Adunka, Antisemitismus in der Zweiten Republik. Ein Überblick anhand einiger ausgewählter Beispiele. In: Heinz P. Wassermann (Hg.), Antisemitismus in Österreich nach 1945. Ergebnisse, Positionen und Perspektiven der Forschung (= Schriften des Centrums für Jüdische Studien, Bd. 3, Innsbruck 2002) S. 12–65, hier S. 37 und 38.

⁵¹⁾ United Nations Industrial Development Organization (Organisation der Vereinten Nationen für Industrielle Entwicklung).

⁵²⁾ Im stenographischen Protokoll ist kein Zwischenruf vermerkt. Stenographische Protokolle (wie Anm. 15, (XIII. Gesetzgebungsperiode), 24. Sitzung vom 15. Februar 1972, S. 1884.

⁵³⁾ Arbeiterkammer Wien, Sozialwissenschaftliche Dokumentation [Sowidok], Mikrofilm 39a/1972: Zeit im Bild vom 17. Februar 1972.

⁵⁴⁾ Vgl. Salzburger Nachrichten (22. Februar 1972).

⁵⁵⁾ Salzburger Nachrichten (29. September 1972); Die Presse (29. September 1972).

Haider überstand diesen Skandal, trotz Rücktrittsaufforderungen von Seiten der Presse.⁵⁶⁾ Auch sonst ist diese Aussage untypisch für seinen Stil. Er ließ sich auch am Stammtisch weder zu beleidigenden noch zu antisemitischen Aussagen hinreißen.⁵⁷⁾ Grundsätzlich war er für einen zurückhaltenden, an der Sache orientierten Politikstil bekannt.

Johann Haider blieb in seinem politischen Wirken im Nationalrat der bäuerlichen Bevölkerung verpflichtet. Diese führende Rolle wurde innerparteilich durch die Berufung Haiders zum Obmann des Agrarklubs im Jahre 1970 unterstrichen. Sprach er im Nationalrat Probleme der Landwirtschaft an, verwies er gerne auf das Waldviertel. Am 27. März 1969 kam er in seiner Rede zum Stärkeförderungsgesetz, welches eine Förderung des Kartoffelanbaues vorsah, auf das Waldviertel zu sprechen. Dort, *wo, wie Sie alle wissen, die Produktionsmöglichkeiten nicht sehr zahlreich sind, sondern auch hauptsächlich im Ackerbau auf die Produkte Roggen, Hafer und Kartoffel beschränken, kommt überdies dem Kartoffelbau noch eine besonders vorrangige Bedeutung zu.*⁵⁸⁾

Gemäß seinem „persönlichen Programm“ bestand Johann Haiders zentrales Anliegen in der Entwicklungsförderung des Waldviertels. Beispielsweise suchte die Europäische Organisation für Kernforschung (CERN)⁵⁹⁾ gegen Ende der 60er Jahre des 20. Jahrhunderts einen Standort für eine Experimentieranlage (Atomteilchen-Beschleuniger). Wiederholt wurde hierfür der Waldviertler Ort Göpfritz vorgeschlagen.⁶⁰⁾ In der parlamentarischen Diskussion wies Johann Haider darauf hin, dass Göpfritz der ideale Standort dieses Forschungszentrum sei. Hierbei pries er die Vorzüge des Waldviertels. *Das milde, aber sehr gesunde Klima könnte den Wissenschaftlern, ihren Hilfskräften und Familien ein gesundes Leben gewährleisten. [...] Der schönen Landschaft des Waldviertels eingebettete Seen gewähren günstige Badegelegenheiten.*⁶¹⁾ Der Einsatz für den Waldviertler Ort war vergebens, das Kernforschungszentrum wurde schließlich in Meyrin (Kanton Genf) errichtet.

In einer Informationsbroschüre zur Nationalratswahl am 10. Oktober 1971 sprach sich Haider für eine bessere Verkehrserschließung und für eine

⁵⁶⁾ Die Kronenzeitung berichtete etwa am 15. August 1972, dass Haider einen Wiener Arzt verklagt habe, der ein Bild Haiders aus der Zeitung ausschnitt, den Bildtext „nicht mehr ganz nüchtern“ aufklebte und dies an Johann Haiders Adresse schickte. Hier beklagte die Kronenzeitung die mangelnde Fähigkeit des Abgeordneten „einzustecken“ und forderte dessen Rücktritt.

⁵⁷⁾ Univ.-Prof. Dr. Heinrich Neisser, Auskunft am 25. September 2008.

⁵⁸⁾ Stenographische Protokolle (wie Anm. 15, XI. Gesetzgebungsperiode), 137. Sitzung vom 27. März 1969, S. 11820.

⁵⁹⁾ Conseil Européen pur la Recherche Nucléaire.

⁶⁰⁾ Neben Göpfritz boten sich noch Drensteinfurt (Deutschland), Doberdo (Italien), Focant (Belgische Ardennen), Le Luc (Frankreich) an. Die Zeitung „Der Spiegel“ sprach von „fünf unbekanntenen Provinzflecken“. Vgl. Der Spiegel, Nr. 52 (22. Dezember 1969) S. 121.

⁶¹⁾ Stenographische Protokolle (wie Anm. 15, XI. Gesetzgebungsperiode), 145. Sitzung vom 27. Juni 1969, S. 12535.

Intensivierung des Straßen- und Wegebbaus aus.⁶²⁾ In seinem Einsatz für den Ausbau der Waldviertler Infrastruktur erwarb sich Johann Haider bleibende Verdienste für die Region. Darunter fällt die Erweiterung der Horn-Freistädter-Straße (B 38)⁶³⁾ für den Raum Pölla oder auch die Aufwertung des Straßenverlaufes von Weitra über Groß Gerungs und Arbesbach in Richtung Grein zur Bundesstraße (B 119).

Im Rahmen der Eröffnung der B 38 betonten die „Zwettler Nachrichten der NÖ Land-Zeitung“, dass „die Initiative zum Bau der neuen Straße von Staatssekretär a.D. Nat.-Rat. Dr. Haider, dem bereits verstorbenen Landtagsabgeordneten Ök.Rat Marchsteiner und dem nunmehrigen Zwettler Bürgermeister Dr. Denk ergriffen worden war.“⁶⁴⁾

Auch an der Erweiterung der B 119 war Haider maßgeblich beteiligt. Gemäß den Planungen zum Bundesstraßengesetz hätte die Bundesstraße in St. Georgen am Walde (Oberösterreich) geendet. Im Zuge der parlamentarischen Diskussion und gemeinsam mit den Mühlviertler Nationalratsabgeordneten Dr. Vinzenz Kotzina⁶⁵⁾ und Ing. Leopold Helbich gelang es Johann Haider, den Straßenverlauf über Alt-Melon, Arbesbach und Groß Gerungs bis Weitra zu erweitern.⁶⁶⁾ Somit wurde der Ausbau der Straße durch den Bund bewerkstelligt. „Jeder der den Straßenzustand, besonders von Arbesbach bis zur Landesgrenze bei Marchstein kennt, weiß auch, daß es dem Lande Niederösterreich kaum möglich gewesen wäre, diese Straße jemals so auszubauen, daß sie tatsächlich ein wichtiges Aufschließungselement für unser großes Entwicklungsgebiet darstellen könnte.“⁶⁷⁾

Gegen Ende seiner Tätigkeit als Nationalratsabgeordneter widmete sich Johann Haider der Pensionsdebatte. In diesem Zusammenhang erhielt er einen zweiten und letzten Ordnungsruf, für die Aussage: *Auf Grund der Gesetze, die Sie verbrochen haben, Herr Klubobmann Fischer.*⁶⁸⁾ In der Sitzung des Nationalrates,

⁶²⁾ Nachlass Johann Haider, Wahlbroschüre von Dr. Johann Haider zur Nationalratswahl am 10. Oktober 1971.

⁶³⁾ Im November 1968 wurde das Teilstück eröffnet. Ein „langgehegter Wunsch“ der Gemeindebevölkerung von Pölla ging damit in Erfüllung. Somit war die Bezirkshauptstadt Zwettl auf direktem Wege und nicht mehr über Gföhl zu erreichen. Vgl. Leopold Hollensteiner, Chronik der Marktgemeinde Pölla 1967–1997. In: Friedrich Polleiroß (Hg.), 700 Jahre Markt Neupölla. Beiträge zur Geschichte der Marktgemeinde Pölla (Wien 1997) S. 137–166. hier S. 140.

⁶⁴⁾ Zwettler Nachrichten der NÖ Land-Zeitung, 89. Jg., Nr. 49 (5. Dezember 1968) S. 2.

⁶⁵⁾ Bundesminister für Bauten und Technik (1966–1970).

⁶⁶⁾ Bundesstraßengesetz (BStG) vom 5. August 1971, BGBl. Nr. 286/1971.

⁶⁷⁾ StA Groß Gerungs, Gerungser Bezirksbote, Nr. 3 (1971) S. 3.

⁶⁸⁾ Stenographische Protokolle (wie Anm. 15, XV. Gesetzgebungsperiode), 24. Sitzung vom 20. Februar 1980, S. 2398. Hein Fischer wies im Jahr 2008 darauf hin, dass dieser Ordnungsruf weder „besondere Aufmerksamkeit erregte noch in irgendeiner anderen Weise bemerkenswert war oder Konsequenzen hatte.“ Vgl. Bundespräsident Dr. Heinz Fischer in einem Brief an den Verf. vom 19. August 2008

in der es um Fragen der Anrechnung des bäuerlichen Ausgedinges und die Ausgleichszulagen ging, stellten ÖVP-Abgeordnete eine dringliche Anfrage „betreffend Pensionskürzung für Tausende österreichische Pensionisten“. Es braucht nicht näher erläutert werden, dass dieses Thema immer wieder für hitzige Diskussionen sorgte.

Auch Johann Haider schlug einen sehr aggressiven Ton gegenüber der SPÖ an: *Ich darf ihnen mitteilen: Tausende Pensionisten, die davon betroffen sind, stehen wirklich hilflos und enttäuscht vor dieser Situation [...] Ja die meisten glauben noch heute an einen Irrtum, sie haben noch nicht akzeptiert, so brutal mit dem sozialistischen „Versprochen – gebrochen“ konfrontiert zu werden.*⁶⁹⁾ Haider führte einige namentliche Beispiele für die Kürzungsmaßnahmen an, die wiederum Heinz Fischer zur Nachfrage „Sind das Akte einer Anstalt, Herr Kollege?“ veranlasst haben.

Fischer verwies mit Nachdruck auf das Amtsgeheimnis – Haider auf das Schicksal der betroffenen Menschen. Haider beendete seine Rede damit: *Wenn es sein muß, werden wir hier von diesem Rednerpult aus Tausende dieser von Ihnen verschuldeten Fälle verlesen, werden sie vortragen, und wir werden nicht früher Ruhe geben, bevor dieses himmelschreiende Unrecht an bescheidenst lebenden Menschen aus der Welt geschaffen ist.*⁷⁰⁾

Johann Haider brachte am 20. Februar 1980 einen Antrag zur Beseitigung von Härtefällen ein, der schließlich in einen Dreiparteienantrag mündete.⁷¹⁾ Dieses Thema, die Pensionskürzung für Ausgleichszulagenbezieher, beschäftigte die ÖVP und den Abgeordneten Haider noch eine längere Zeit.

In seiner letzten Rede im Nationalrat verwies Haider am 3. Februar 1983 eindringlich auf die Notwendigkeit der politischen Zusammenarbeit hin, die letztendlich an der Verbesserung der Lebensbedingungen für die Menschen orientiert sein muss: *Wir wissen vor allem, meine Damen und Herren: Wir können diesen Menschen helfen! Setzen wir uns also noch heute zusammen, meine sehr verehrten Damen und Herren und helfen wir dort, wo Hilfe nottut und wo wir auch helfen können!*⁷²⁾

⁶⁹⁾ Stenographische Protokolle (wie Anm. 15, XV. Gesetzgebungsperiode), 24. Sitzung vom 20. Februar 1980, S. 2388.

⁷⁰⁾ Stenographische Protokolle (wie Anm. 15, XV. Gesetzgebungsperiode), 24. Sitzung vom 20. Februar 1980, S. 2389.

⁷¹⁾ Vgl. Wiener Zeitung (21. März 1980), Neues Volksblatt (21. März 1980).

⁷²⁾ Stenographische Protokolle (wie Anm. 15, XV. Gesetzgebungsperiode), 149. Sitzung vom 3. Februar 1983, S. 15347.

Engagement in der bäuerlichen Interessensvertretung – Bauernkrankenkasse und Sozialversicherung

Bereits 1958, im Zusammenhang mit der Einführung der landwirtschaftlichen Zuschussrente, konstatierte Johann Haider ein Misstrauen der bäuerlichen Bevölkerung *gegen staatliche Einrichtungen*⁷³⁾ im Rahmen der Erweiterung von Sozial- bzw. Pensionsversicherung.

Trotz dieser Vorbehalte und zum Teil wenig Verständnis in den „eigenen Reihen“ forderte Johann Haider 1963 energisch die Einführung einer eigenen Bauernkrankenkasse. *Die Arbeiter, Angestellten und Beamten, die Direktoren und Hofräte haben längst eine Krankenversicherung.*⁷⁴⁾

Durch das Bundesgesetz vom 7. Juli 1965 wurde die Krankenversicherung der Bauern eingeführt.⁷⁵⁾ Johann Haider spricht in einem Kommentar zum Gesetz davon, dass nun auch den bäuerlichen Familien eine ausreichende medizinische Betreuung zukommt. *Diese Krankenversicherung soll mithelfen, die mit einer längeren Krankheit verbundenen wirtschaftlichen Belastungen auszugleichen und auch mitwirken, daß es doch allmählich zu einer durchgreifenden Besserung des Gesundheitszustandes unserer bäuerlichen Bevölkerung kommt.*⁷⁶⁾ Positive Meldung bestärkten Johann Haider in seinem weiteren Engagement: „Seit dem 1. April⁷⁷⁾ ist es nun soweit, daß wir Bauern pflichtversichert sind! Man mußte ja stets in Angst leben vor Krankheit und Spital. Mein Mann war zweimal auf Kuraufenthalt, fünf Wochen im Krankenhaus, nachher vier Jahre in ärztlicher Behandlung. [...] Als kleine Bäuerin in Niederösterreich möchte ich daher den Herren, die sich für diese Einrichtung eingesetzt haben, danken.“⁷⁸⁾

Johann Haider übernahm das Amt des „vorläufigen Verwalters“ der Bauernkrankenkasse.⁷⁹⁾ In dieser Funktion war er mit verschiedenen Schwierigkeiten konfrontiert. Neben dem Aufbau eines Mitarbeiterstabes hatte die Errichtung einer geeigneten Infrastruktur Priorität. Die Anstalt war anfangs im Gebäude der Girozentrale der österreichischen Sparkassen (Schubertring 3) untergebracht, im April 1966 übersiedelte die Kasse in das Gebäude der Bausparkasse der österreichischen Sparkassen (Beatrixgasse 1). Wie ein Brief an den Wiener Bürgermeister zeigt,

⁷³⁾ Johann Haider, *Die bäuerliche Altersvorsorge* (Wien 1958) S. 4.

⁷⁴⁾ Nachlass Johann Haider, Aktennotiz vom 12. Dezember 1963.

⁷⁵⁾ Bauern-Krankenversicherungsgesetz (B-KVG), BGBl. 219/1965; Johann Haider trat vehement für den Namen „Bauernkrankenkasse“ ein.

⁷⁶⁾ Johann Haider, *Das Bauern-Krankenversicherungsgesetz*. Gesetzausgabe mit Erläuterungen (Wien 1965) Vorwort.

⁷⁷⁾ Mit 1. Oktober 1965 hatten die Versicherten die Beiträge zu entrichten, einen Leistungsanspruch erwarben sie am 1. April 1966.

⁷⁸⁾ Nachlass Johann Haider, *Neue Illustrierte Wochenschau* (17. April 1966).

⁷⁹⁾ Vgl. auch das vom Institut für Geschichte des ländlichen Raumes in Auftrag gegebene Projekt „Soziale Sicherheit in der Landwirtschaft“.

bemühte sich Haider – über die Parteigrenzen hinweg – Unterstützer bei der Suche nach geeigneten Räumlichkeiten zu bekommen.⁸⁰⁾

Ein weiteres Problem der jungen Kasse lag im Fehlen eines Vertrages mit der Ärzteschaft. Die bäuerliche Bevölkerung musste während dieser „vertraglosen“ Zeit die gesamte ärztliche Behandlung vorab bezahlen. Erst danach erhielt der Versicherte nach Vorlage der Rechnung 80 Prozent zurück. Die Abgeordnete DI Dr. Johanna Bayer machte Johann Haider auf diese Problematik aufmerksam, Haider selbst verwies in seiner Antwort auf die Verhandlungen mit der Ärzteschaft und gab zu, dass dies einen erheblichen *Streitpunkt* darstellen werde.⁸¹⁾

Vertreter der Ärzte sprachen sich gegen eine Änderung des Bezahlungsmodus aus, da das Privathonorar der Bauern ein fixes Einkommen für die Ärzte dargestellt habe. Die Kritik richtete sich an die Bauernkrankenkasse und an Johann Haider: „Ein österreichisches Regierungsmitglied, gleichzeitig Obmann der österreichischen Krankenversicherung der Bauern ‚wünscht‘ etwas. Er und bestimmte Vertreter der Bauern wollen auf Grund des Bauernkassengesetzes einen Vertragsabschluss mit der Ärzteschaft zur ‚Erfüllung gewisser Verpflichtungen‘, die aus einem Gesetz entspringen, das die Parlamentarier kreiert haben, ohne sich vorher davon zu überzeugen, daß es sich auch wirklich voll erfüllen läßt.“⁸²⁾

Johann Haider bemühte sich, mit den Ärztekammern eine Gesprächsbasis zu finden und appellierte, dass der schlechte Gesundheitszustand der bäuerlichen Bevölkerung nur gemeinsam durch Ärzte und Sozialversicherung verbessert werden könnte. *Die Mehrbelastung der Ärzte im Falle eines Vertragsabschlusses mit der Österreichischen Bauernkrankenkasse kann kein ernstliches Hindernis gegen einen Vertragsabschluss sein [...] Wenn nur das Privathonorar der bäuerlichen Bevölkerung das Steuerungsmittel gegen eine weitere Überfüllung der Wartezimmer sein soll, wäre dies wohl nicht nur höchst unsozial [...].*⁸³⁾ Die ÖVP-Versicherungsvertreter in der Hauptversammlung der Österreichischen Bauernkrankenkassen sprachen Obmann Haider das volle Vertrauen aus. Er solle die „mit unendlicher Geduld geführten Gespräche“⁸⁴⁾ mit den Ärzten fortsetzen, damit ein echter Tarifvertrag zustande kommen möge. Es dauerte bis in das Jahr 1975, bis in Linz ein Gesamtvertrag mit der Österreichischen Ärztekammer unterzeichnet werden

⁸⁰⁾ Nachlass Johann Haider, Schreiben von Johann Haider an den Bürgermeister Bruno Marek der Stadt Wien vom 26. November 1965, S. 2.

⁸¹⁾ Nachlass Johann Haider, Schreiben von Johanna Bayer an Johann Haider vom 11. Jänner 1966; Schreiben Johann Haider an Johanna Bayer vom 19. Jänner 1966.

⁸²⁾ Nachlass Johann Haider, Dr. F. Daume, Gewalt oder Recht? Eine Analyse der gegenwärtigen standespolitischen Situation. In: *Arzt im Bild*, Nr. 38 (November 1967).

⁸³⁾ Nachlass Johann Haider, Schreiben Johann Haider an den Präsidenten der Ärztekammer für Kärnten, Dr. Hadmar Sacher, vom 10. August 1967.

⁸⁴⁾ Nachlass Johann Haider, Schreiben der ÖVP-Versicherungsvertreter in der Hauptversammlung der Österreichischen Bauernkrankenkasse an Bundeskanzler Dr. Josef Klaus vom 29. Oktober 1969, S. 2.

konnte. Gleichzeitig wurden gleichlautende Verträge mit den Ärztekammern aller Bundesländer – mit Ausnahme von Salzburg, Kärnten und Wien – geschlossen. Zwei dieser drei noch ausstehenden Verträge, mit den Ärztekammern von Kärnten und Salzburg, wurden in Groß Gerungs am 30. Juli 1975 unterzeichnet.⁸⁵⁾ Die „Zwettler Nachrichten der NÖ Land-Zeitung“ sprachen von einem „historischen Akt“ und einem „Friedensschluß“ in Groß Gerungs. Im Gasthaus Hirsch verglich der Präsident der österreichischen Ärztekammer, Dr. Richard Piaty, die Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen Ärzten und Bauern mit seiner Anfahrt nach Groß Gerungs. Beide Wegstrecken seien „unübersichtlich und kurvig“⁸⁶⁾, nun sei man aber am Ziel angekommen.

Zusammenfassend bleibt Johann Haider's Einfluss in der Einführung der Bauernkrankenkasse. Federführend wirkte er am „Dach für alle“, an der Schaffung der Sozialversicherungsanstalt der Bauern⁸⁷⁾, mit. Haider übernahm von der Gründung im Jahre 1974 an die Obmannschaft bis 1988.

Betrag der Anteil der Versicherten im ausgehenden 19. Jahrhundert etwa sieben Prozent und 1946 etwa 46 Prozent, so waren 1980 bereits 96 Prozent und 1994 rund 99 Prozent aller unselbständigen und selbständigen Erwerbstätigen in die staatliche Pflichtversicherung integriert.⁸⁸⁾

Aus dem „Nichts“ näherte Johann Haider in seiner Funktion als Obmann der Bauernkrankenkasse und der Sozialversicherung der Bauern die bäuerliche Sozialversicherung an den Standard der übrigen Bevölkerung an.⁸⁹⁾ Im Bericht zum fünfjährigen Bestehen sagte Haider: *Die Hauptrisiken der Krankheit können seither finanziell ausgeglichen werden, ohne daß der bäuerliche Betrieb in besonderer Weise belastet würde.*⁹⁰⁾ Durch die Bauernpension – die zwar zu den niedrigsten Pensionen gehörte – hatten viele Altbauern vermutlich „mehr verfügbares Bargeld“⁹¹⁾ als in ihrem gesamten Arbeitsleben. Bei zahlreichen gesetzlichen

⁸⁵⁾ StA Groß Gerungs, Othmar Z a u b e k (Red.), 10 Jahre Großgemeinde Groß Gerungs (o.O. 1978) S. 19. Der noch fehlende Vertrag mit der Ärztekammer von Wien wurde am 17. September 1975 geschlossen. Allerdings geht aus den Quellen der Ort des Vertragsabschlusses nicht hervor. Vgl. Schreiben von Dr. Günther Steiner an den Verfasser vom 3. November 2008.

⁸⁶⁾ Zwettler Nachrichten der NÖ Land-Zeitung, 96. Jg., Nr. 32 (7. August 1975) S. 1.

⁸⁷⁾ Die Bauernkrankenkasse, die Land- und Forstwirtschaftliche Sozialversicherungsanstalt und die Pensionsversicherungsanstalt der Bauern wurden zur Sozialversicherung der Bauern (SVB) vereint.

⁸⁸⁾ Roman S a n d g r u b e r, *Ökonomie und Politik. Österreichische Wirtschaftsgeschichte vom Mittelalter bis zur Gegenwart* (= Österreichische Geschichte, hrsg. von Herwig Wolfram, Wien 1995) S. 527.

⁸⁹⁾ Archiv der ÖVP für den Bezirk Zwettl, Vom Rosenauerwalder zum Staatssekretär. NR Dr. Johann Haider – 60 Jahre.

⁹⁰⁾ Nachlass Johann Haider, Bericht des Obmannes Haider zum fünfjährigen Bestehen, ohne Datum.

⁹¹⁾ Sandgruber, *Ökonomie und Politik* (wie Anm. 88) S. 507.

Regelungen war er in seiner Funktion als Obmann unmittelbar eingebunden.⁹²⁾ „Seine sachliche Verhandlungsführung, sein Durchsetzungsvermögen und seine hohe Fachkompetenz bewirkten diese bedeutenden sozialpolitischen Verbesserungen in so kurzer Zeit.“⁹³⁾

1988 legte Johann Haider die Funktion des Obmannes der Sozialversicherung der Bauern zurück. Insgesamt wirkte er 23 Jahre an der Spitze der bäuerlichen Interessensvertretung, ab 1965 in der Bauernkrankenkasse und ab 1974 in der Sozialversicherung der Bauern. „Der österreichische Bauernbündler“ würdigte dessen Leistung im Namen der Landwirte: „Österreichs Bauern danken Dr. Haider, dessen Lebenswerk die bäuerliche Sozialpolitik war.“⁹⁴⁾ „Die Niederösterreichischen Nachrichten“ nannten Haider einen „Anwalt der Bauern“ und den „profilertesten Bauernbundvertreter der Nachkriegszeit“⁹⁵⁾.

Engagement in der Regionalpolitik – Bürgermeister von Groß Gerungs

Johann Haider wurde erstmals im Rahmen der „freiwilligen“ Gemeindezusammenlegung⁹⁶⁾ in Groß Gerungs aktiv. *Im Mai 1968 wurde ich erstmalig mit den konkreten Zusammenlegungsplänen im nunmehrigen Gemeindegebiet befaßt.*⁹⁷⁾ Zuvor – die Bemühungen gehen in das Jahr 1965 zurück – sprachen sich Vertreter einzelner Kleingemeinden gegen eine Zusammenlegung aus. So notierte etwa der Chronist im Gemeindeprotokoll Oberkirchen: „Alle sind gegen die Vereinigung mit Groß Gerungs.“⁹⁸⁾ Ressentiments waren auch in weiteren Gemeinden – etwa Klein Wetzles, Oberkirchen, Wurmbrand – vorhanden.

⁹²⁾ Z.B. der Gesamtvertrag mit Ärzten und Zahnärzten, die Umwandlung der Zuschussrenten in Bauernpensionen und die vorzeitige Alterspension, die Berufserwerbsunfähigkeitspension für Versicherte ab dem 55 Lebensjahr, die Verdoppelung der Schwerversehrten- und Witwenrenten, das Betriebshilfegesetz.

⁹³⁾ Nachlass Johann Haider, Der österreichische Bauernbündler, 44. Jg. (15. Dezember 1988) S. 2.

⁹⁴⁾ Ebd.

⁹⁵⁾ Niederösterreichische Nachrichten, Zwettler Zeitung, 114. Jg., Nr. 22 (3. Juni 1983) S. 2.

⁹⁶⁾ Die Gemeinden wurden durch einen Erlass des Amtes der Niederösterreichischen Landesregierung vom 17. Dezember (GZ II/1-2056/1-1964) über die Vorteile einer Gemeindezusammenlegung informiert. Die Aufforderung des Landtages an die Landesregierung besagte, dass „alle ihr geeignet erscheinenden Maßnahmen, die der Förderung der freiwilligen Vereinigung und damit der Verbesserung der Kommunalstruktur dienen, in die Wege zu leiten“ seien. Vgl. Kommunale Strukturereinigung in Niederösterreich, Planungs- und Entscheidungsgrundlagen 3 (Wien 1971) S. 8.

⁹⁷⁾ StA Groß Gerungs, Brief des Bürgermeisters vom 16. Juni 1976.

⁹⁸⁾ Ernst Bezemek, Der Raum Groß Gerungs in den Jahren 1950 bis 1998. In: Josef Prinz (Hg.), Stadtgemeinde Groß Gerungs. Kultur- und Lebensraum im Wandel der Zeit (Groß Gerungs 1999) S. 286–318, hier S. 294.

Der Gerungser Bürgermeister Ing. Franz Scherny schrieb in den „Zwettler Nachrichten der NÖ Land-Zeitung“, dass diese Gemeinden an einer Zusammenlegung mit Groß Gerungs eben nicht interessiert seien und „unsere Initiative als abgeschlossen zu betrachten“⁹⁹⁾ sei. Dass am 15. September 1967 die Gemeinderäte von Hypolz und Groß Gerungs doch eine solche Vereinigung beschlossen haben, die dann von den übrigen und von dieser Vereinigung ausgeschlossenen Gemeinden bekämpft wurde¹⁰⁰⁾, lässt die Komplexität des Zusammenführungsprozesses verdeutlichen.

Johann Haider selbst sprach von *mancherlei Mißverständnissen und von Schwierigkeiten* im Prozess der Gemeindezusammenlegung.¹⁰¹⁾ Vehement trat er gegen eine kleine Lösung ein, die eine Vereinigung von Groß Gerungs und Hypolz vorsah. Er sah in einem Zusammenschluss, zumindest in der Größenordnung des Gebietes der Pfarrgemeinde, bessere Chancen für alle Beteiligten. Haider verstand es, den Vertretern der Kleinstgemeinden die Vorteile einer Vereinigung zu einem größeren Verband darzulegen. Gerade die anstehenden „Staubfreimachungen“ der Straßen war mit großen Ausgaben für die einzelnen Gemeinden verbunden. Rückblickend sprach der letzte Bürgermeister von Wurmbrand, Karl Schraml, davon, dass die kleine Gemeinde nur bescheidene Möglichkeiten in Hinblick auf Ortsbeleuchtung und Güterwege gehabt habe: „Leider waren nicht alle Wünsche zu erfüllen.“¹⁰²⁾ Das Steueraufkommen in den Kleinstgemeinden war für die Erfüllung größerer kommunaler Leistungen einfach zu gering.¹⁰³⁾ Dass diese Konstituierung der Großgemeinde trotz aller sicherlich emotional geführten Diskussionen weitgehend sachlich erfolgen konnte, war „dem integrativen Wirken“¹⁰⁴⁾ Johann Haiders zu verdanken. Seine Funktion als Obmann der Bauernkrankenkasse wirkte auf die bäuerlichen Eliten vertrauensbildend, darüber hinaus genoss er als Staatssekretär ein hohes Maß an Ansehen. Mit Sicherheit wurde auch der Druck¹⁰⁵⁾ auf die Vertreter der Kleinstgemeinden, eine Lösung zu finden, immer größer.

⁹⁹⁾ Zwettler Nachrichten der NÖ Land-Zeitung, 89. Jg., Nr. 5 (1. Februar 1968) S. 3.

¹⁰⁰⁾ Vgl. Zwettler Nachrichten der NÖ Land-Zeitung, 89. Jg., Nr. 7 (15. Februar 1968) S. 3. Die „zurückgewiesenen“ Gemeinden ersuchten am 14. Jänner 1968 die NÖ Landesregierung, diesen „Alleingang“ nicht zu billigen.

¹⁰¹⁾ StA Groß Gerungs, Zaubek, 10 Jahre Großgemeinde (wie Anm. 85) S. 5.

¹⁰²⁾ Karl Schraml, Wissenswertes aus der ehemaligen Gemeinde Wurmbrand. In: Heimatbuch Gross Gerungs. 1 Wurmbrand (Horn 1985) S. 91–94, hier S. 92.

¹⁰³⁾ Vgl. Marion Böhm, Die Niederösterreichische Kommunalstrukturreform – Kriterien des Erfolgs und Mißerfolgs. Ein Beitrag zur politischen Geographie (Dipl.-Arb. Wien 1994) S. 8

¹⁰⁴⁾ Bezemek, Der Raum Groß Gerungs (wie Anm. 98) S. 288.

¹⁰⁵⁾ Etwa in Form von Anreizen und Begünstigungen durch das Land NÖ (z.B. Rückzahlung der Hälfte der zu entrichtenden Landesumlage in den ersten drei Jahren; höhere Bedarfszuweisungen in den ersten fünf Jahren; bevorzugte Unterstützung durch die technischen Ämter der Landesregierung bei der Erstellung von Projekten). Ebenso wirkte das niederösterreichische Raumordnungsgesetz, LGBl. 275/1968. Vgl. Böhm, Die Niederösterreichische Kommunalstrukturreform (wie Anm. 103) S. 19 und 23.

Für Johann Haider sollte sein Engagement mit dem Amt des „Gründungs-bürgermeisters“ einhergehen: *Im September 1968 wurde mir erstmalig eröffnet, die Zusammenlegung sei beschlossene Sache, aber nur dann, wenn ich das Amt des Bürgermeisters annehme.*¹⁰⁶⁾ Bei der Gemeinderatswahl am 24. November 1968 führte Haider die Kandidatenliste an und konnte einen „durchschlagenden Erfolg“¹⁰⁷⁾ erzielen. Die „Zwettler Zeitung der NÖ Land-Zeitung“ schrieb: „Riesenerfolg NR Dr. Haiders und der OeVP.“¹⁰⁸⁾ Er wurde vom Gemeinderat in der Sitzung vom 15. Dezember 1968 zum Bürgermeister der Großgemeinde, die zu diesem Zeitpunkt aus acht Gemeinden¹⁰⁹⁾ bestand, gewählt. Im Zuge der Eingemeindung der bisherigen Gemeinde Griesbach und der Katastralgemeinde Mühlbach am 1. Jänner 1970 war erneut eine Gemeinderatswahl durchzuführen. Diese wurde am 30. November 1969 durchgeführt. Das Wahlergebnis, bei der die ÖVP unter Johann Haider 2117 Stimmen (87,1 % bzw. 20 Mandate) und die SPÖ 314 Stimmen (12,9 % und 3 Mandate) erhielt, kann als Bestätigung der Zusammenführung angesehen werden.¹¹⁰⁾ Das Gemeindegebiet umfasste ursprünglich 3,1 km² und wuchs in Folge dieser Zusammenlegung auf 106 km² an.

Dem neuen Bürgermeister war die umfassende Information der Bevölkerung ein wichtiges Anliegen. Öffentlichkeitswirksame Medien waren auch für eine erfolgreiche Lokalpolitik unumgänglich, in Groß Gerungs wurde ab 1969 die Zeitung „Gerungser Bezirksbote“ einmal jährlich herausgegeben. Die einzelnen Beiträge der vier Jahresausgaben¹¹¹⁾ berücksichtigten wirtschaftliche, politische, kulturelle und heimatkundliche Aspekte. Neben dem regionalen Schwerpunkt ist ein umfassender bildungspolitischer Anspruch erkennbar. Bereits damals wurde der Blick auf die angrenzenden Gemeinden geweitet.¹¹²⁾

¹⁰⁶⁾ StA Groß Gerungs, Brief des Bürgermeisters vom 16. Juni 1976.

¹⁰⁷⁾ Ebd. Die ÖVP erhielt von 2310 abgegebenen Stimmen 1838, die SPÖ 274 und die Liste DI Höfner 198. Somit erhielt die ÖVP 19 Mandate und je 2 erhielten die SPÖ und die Liste DI Höfner. Vgl. Schreiben des Amtes der NÖ Landesregierung, Gruppe Innere Verwaltung, Abteilung Gemeinden vom 10. November 2008.

¹⁰⁸⁾ Vgl. Zwettler Nachrichten der NÖ Land-Zeitung, 89. Jg., Nr. 48 (28. November 1968) S. 3.

¹⁰⁹⁾ Vgl. Zwettler Nachrichten der NÖ Land-Zeitung, 89. Jg., Nr. 52 (26. Dezember 1968) S. 1. Die acht Gemeinden waren: Groß Gerungs, Etzen, Heinrichs, Hypolz, Klein Wetzles, Oberkirchen, Ober Rosenauerwald und Wurmbrand. Anfang 1970 schlossen sich die Gemeinde Griesbach und die Katastralgemeinde Mühlbach an die Großgemeinde an, 1972 kam die Katastralgemeinde Kotting Nondorf hinzu.

¹¹⁰⁾ Bezemek, Der Raum Groß Gerungs (wie Anm. 98) S. 296.

¹¹¹⁾ 1969, 1970, 1971 und 1975.

¹¹²⁾ Diese damalige Ausrichtung findet sich 2008 wieder. Im Rahmen der Kleinregion Waldviertler Hochland bringt die Zeitschrift „Waldviertler Hochland Magazin“ seit dem Frühjahr 2008 Beiträge aus den Mitgliedsgemeinden Altmelon, Arbesbach, Groß Gerungs, Langschlag und Rappottenstein.

Eine Hauptaufgabe der Großgemeinde bestand darin, die Landeshaupt- und Landesstraßen „staubfrei“ zu machen. Im Zeitraum 1969 bis 1977 betrug die Summe der hierfür aufgewendeten Mittel über 28 Millionen Schilling, immerhin 27 % des Gemeindebudgets.¹¹³⁾ Trotz der Unterstützung von Bund und Land wären die kleinen Gemeinden vor der Gemeindegemeinschaft damit finanziell überfordert gewesen. „Gute Verbindungen zwischen Orten sind lebenswichtig, man spricht ja nicht umsonst von Verkehrsadern, gute Straßen beleben Wirtschaft, Fremdenverkehr, gesellschaftliche Kontakte.“¹¹⁴⁾

In die Amtszeit Johann Haider hielt der technologische Fortschritt Einzug in die Gemeindestube. Das Gemeindeamt wurde bald nach der Amtsübernahme mit einer modernen EDV-Anlage ausgestattet. Diese Buchungsmaschine mit Magnetkonten wurde Mitte der 70er Jahre des 20. Jahrhunderts angekauft.¹¹⁵⁾ Diese frühe technische Investition, immerhin waren in Österreich in dieser Zeit erst rund 500 EDV-Anlagen¹¹⁶⁾ in Verwendung, ermöglichte die eigenständige Haushalts- und Steuerbuchhaltung sowie die Verwaltung des Einwohnermeldewesens. Haider zeichnete in seiner Eigenschaft als Bürgermeister für weitere wichtige Maßnahmen in der örtlichen Infrastruktur in Groß Gerungs und in den ehemaligen Gemeinden verantwortlich, etwa die Schaffung und Erweiterung der Ortsbeleuchtung,¹¹⁷⁾ von Kanalisation und Müllabfuhr.

Im Gemeindegebiet von Groß Gerungs befanden sich im Jahr 1975 eine Hauptschule, drei Volksschulen, eine Polytechnische Schule und eine Landwirtschaftliche Berufsschule. Im Jahr 1970 wurde die Hauptschule Groß Gerungs neu eröffnet; die Gesamtbaukosten beliefen sich auf ca. 16 Millionen Schilling. In diesem Zusammenhang wurden im Mai 1971 das Hallenbad und die Sauna eröffnet, die mit 25. Juni 2010 geschlossen wurden. Eine Sauna wurde in der Gemeindezeitung als „Jungbrunnen der Gesundheit“ bezeichnet, die „dem

¹¹³⁾ Auf die Gemeinde entfielen zumeist 20 % der Baukosten, den Rest steuerten Bund und Land bei.

¹¹⁴⁾ StA Groß Gerungs, Zaubek, 10 Jahre Großgemeinde (wie Anm. 85) S. 6.

¹¹⁵⁾ Wahrscheinlich erfolgte die Anschaffung in den Jahren 1975/76. Die Gerungser Gemeindegemeinschaften des Jahres 1984 berichteten, dass die alte EDV-Anlage nach achtjährigem Betrieb durch eine neue ersetzt werden musste. Hierfür war der Betrag von 350.000 Schilling veranschlagt. Vgl. StA Groß Gerungs, Gerungser Gemeindegemeinschaften (1984) S. 5. Bürgermeister Johann Haider war für Modernisierungen im Verwaltungsbereich immer empfänglich und befürwortete daher auch Neuanschaffungen. Vgl. Schreiben von Stadtamtsdirektor Andreas Fuchs an den Verfasser vom 3. November 2008.

¹¹⁶⁾ Vgl. Ernst H a n i s c h, Der lange Schatten des Staates. Österreichisches Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert (= Österreichische Geschichte 1890–1990, Hrsg. von Herwig Wolfram, Wien 1994) S. 456. Der Bund hatte im Jahr 1971 36 EDV-Anlagen und einige kleinere Rechner in Verwendung. Vgl. Johann S c h u s t e r, Elektronische Datenverarbeitung in der Justiz. In: Österreichische Richterzeitung, Nr. 5 (1971) S. 73–77, hier S. 73.

¹¹⁷⁾ Im Zeitraum 1966 bis 1977 wurde für 700 Straßenlampen der Betrag von 3,9 Millionen Schilling aufgewandt.

Traum, die Jugendzeit zu verlängern und gesund zu bleiben, wohl am nächsten¹¹⁸⁾ kommt.

Unter dem Stichwort „Automatisierung des Telefonnetzes“ wurden in Groß Gerungs ein Münzfernsprecher und elf öffentliche Sprechzellen im gesamten Gemeindegebiet errichtet.

Den politischen Kontakten des Bürgermeisters ist es zu verdanken, dass in Groß Gerungs am 5. April 1974 ein Jugendparlament der Jungen-ÖVP mit Dr. Erhard Busek, Landesrat Matthias Bierbaum, Landesobmann-Stv. Edgar Führer, Hauptbezirksohmann Alfred Dirnberger und Nationalrat Dr. Johann Haider abgehalten werden konnte. Die Veranstaltung stand unter dem Motto „Politiker in der Zange“. Die breite Palette der diskutierten Themen reichte von der Landwirtschaft über die Inflation bis zur Gesundheitspolitik.¹¹⁹⁾ Von 8. bis 10. April 1975 fand eine Sondertagung des Agrarklubs der ÖVP-Nationalratsfraktion in Groß Gerungs statt. „Österreichs prominenteste Agrar-Mandatare tagten im Waldviertel“, betitelten die „Zwettler Nachrichten der NÖ Land-Zeitung“ den Artikel. Der Abgeordnete Haider rechtfertigte den Tagungsort gegenüber der Zeitung wie folgt: *Man wolle das gegenseitige Verständnis für einander fördern und nicht gleichgeartete Interessen aufeinander abstimmen. Hier wolle man die Kollegen mit der Grenzlandsituation und der Regionalpolitik vertraut machen, vor allem mit den Aspekten, die in unserem Gebiet zu beachten wären und welche Vorstellungen über eine Verbesserung der Infrastruktur vorhanden wären.*¹²⁰⁾ Während dieser Tagung starb der Vater von Dr. Johann Haider, Ignaz Haider, am 9. April 1975 im 91. Lebensjahr.

Die Verdienste des Gründungsbürgermeisters würdigte die Gemeinde anlässlich der Feier zum 50. Geburtstag am 8. Oktober 1971. Der Gemeinderat ernannte Haider mit Beschluss vom 3. Oktober zum Ehrenbürger und verlieh ihm den Ehrenring der Marktgemeinde. Über die Feierlichkeiten berichtete die „Zwettler Zeitung der NÖ Land-Zeitung“: „Vom Gemeindegemeinschaftssaal ging es auf den Hauptplatz, wo inzwischen die beiden Gerungser Musikkapellen [...] konzertiert hatten; die Großkapelle und der Gesangsverein Groß Gerungs sorgten für den musikalischen Rahmen dieses Festtages. Die verschiedensten Vereine der Gemeinde gratulierten durch ihre Sprecher und übergaben schöne Ehrengeschenke.“¹²¹⁾

Im Niederösterreichischen Landtag betonte Franz Romeder anlässlich der Debatte über die Stadterhebung, dass Groß Gerungs seit 1968 bzw. 1970 eine

¹¹⁸⁾ StA Groß Gerungs, Gerungser Bezirksbote Nr. 3 (September 1971) S. 21.

¹¹⁹⁾ Vgl. Zwettler Nachrichten der NÖ Land-Zeitung, 95. Jg., Nr. 15 (11. April 1974) S. 4.

¹²⁰⁾ Vgl. Zwettler Nachrichten der NÖ Land-Zeitung, 96. Jg., Nr. 18 (17. April 1975) S. 1–2, hier S. 2.

¹²¹⁾ StA Zwettl, Zwettler Nachrichten der NÖ Land-Zeitung, 92. Jg., Nr. 43 (21. Oktober 1971) S. 2.

„ganz hervorragende Aufwärtsentwicklung“ erleben konnte und dass diese „mit dem Namen des langjährigen Bürgermeisters Nationalrat Dr. Haider auch in der Geschichte immer verbunden sein“¹²²⁾ wird.

Johann Haider verstand sich als Gründungsbürgermeister und wollte die erfolgte Einigung der Gemeinden in den ersten Jahren des Bestehens begleiten. Daraus wurden schließlich acht Jahre. Im Juni 1976 legte er das Bürgermeisteramt zurück und nannte in einem Abschiedsbrief an die Bevölkerung seine Beweggründe: *Meine Verpflichtungen außerhalb der Gemeinde sind in der Zwischenzeit nicht kleiner geworden, meine Gesundheit nicht besser, die Gemeinde ist konsolidiert, in der Gemeindevertretung herrscht Kameradschaft und zielstrebige Arbeit, die erste große Aufbauzeit, die „Gründerzeit“ ist bewältigt.*¹²³⁾

Am 3. Juli 1976 wurde Ignaz Besenbäck zum neuen Bürgermeister gewählt. Nach dessen Tod übernahm Johann Haider noch einmal, im Zeitraum 1980 bis 1984, das Amt des Bürgermeisters. In dieser Zeit versuchte er, der Bevölkerung einen Einblick in das politische Leben der Gemeinde zu ermöglichen. 1981 wurde die Einrichtung eines „Gemeindeparlamentes“ geschaffen, 1982 folgten die „Gerungser Gemeinde-Nachrichten“, damit sich alle Haushalte „über die Situation und die zukünftige Entwicklung, soweit diese von der Gemeinde zu beeinflussen ist, näher unterrichten können.“¹²⁴⁾

In den 1980er Jahren waren weiterhin hohe Beträge für Ausbau und Erhaltung der Gemeindestraßen veranschlagt. Darüber hinaus wurde der Bau von Sportstätten vorangetrieben. Tennisanlage und Asphaltstockschießbahn in Groß Gerungs, Sportplätze in Oberkirchen und Etzen sollten zeigen, dass die Gemeinde „vor allem für die Jugend und für die gesamte sportbegeisterte Bevölkerung sehr viel Verständnis hat.“¹²⁵⁾

Das Jahr 1983 brachte die Erhebung der Großgemeinde zur Stadtgemeinde. Nach außen hin sichtbar zur Schau gestellt wurde das gesteigerte Selbstbewusstsein in Form des neuen Rathauses am Hauptplatz.

Im Rahmen der Stadterhebung war Johann Haider die treibende Kraft, und der Gemeinderat fasste in der Sitzung vom 14. Februar 1982 den Beschluss, um Erhebung zur Stadtgemeinde anzusuchen. Gemäß der Niederösterreichischen Gemeindeordnung von 1973¹²⁶⁾ konnten Gemeinden, denen eine überragende Bedeutung auf Grund der Bevölkerungszahl, der geographischen Lage und der baulichen, landwirtschaftlichen und kulturellen Situation zukommt, zur Stadt erhoben werden. Der Berichterstatter in der Landtagsitzung, Franz Rabl,

¹²²⁾ Landtags Sitzungsberichte des NÖ Landtages (XI. Gesetzgebungsperiode), 9. Sitzung vom 24. Februar 1983, <http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/sitzungen/11-gpw/1982-83/09-si.doc>.

¹²³⁾ StA Groß Gerungs, Brief des Bürgermeisters vom 16. Juni 1976.

¹²⁴⁾ StA Groß Gerungs, Gerungser Gemeinde-Nachrichten (Mai 1982) S. 1

¹²⁵⁾ Ebd.

¹²⁶⁾ Gemäß § 3 Abs. 1.

betonte diese überregionale Bedeutung von Groß Gerungs. In der Debatte wies Franz Romeder darauf hin, dass eine Stadterhebung in den letzten Jahren ein seltenes Ereignis in Niederösterreich war, „weil eine Stadterhebung eine besondere Auszeichnung sein soll für eine Gemeinde, für eine Region, für die Bevölkerung selbst und für die Verantwortlichen, und weil eine Stadterhebung gleichzeitig – auch darauf sei hingewiesen – die Krönung und der Abschluß einer Entwicklung, aus der Zeit heraus gesehen, sein soll.“¹²⁷⁾ Die Gemeinde Groß Gerungs wurde mit Wirksamkeit vom 30. April 1983 zur 65. Stadtgemeinde in Niederösterreich erhoben.

Die Feierlichkeiten fanden am 1. und 2. Juli 1983 statt. Neben Sondersendungen von Radio NÖ wurden ein Platzkonzert und ein Großfeuerwerk veranstaltet. Am Samstag wurden die Festgäste vom Bahnhof abgeholt und zum Herz-Kreislaufzentrum geleitet, wo am Empfang Bundesminister Alfred Dallingler und Landeshauptmann Siegfried Ludwig teilnahmen. Am Sonntag überbrachte Landeshauptmann Ludwig die Stadterhebungsurkunde.

In beiden Amtsperioden als Bürgermeister stand die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen für die Menschen der Region im Mittelpunkt.



Abb. 9: Landeshauptmann Siegfried Ludwig eröffnet mit Sozialminister Alfred Dallingler und Bürgermeister Johann Haider das Herz-Kreislaufzentrum in Groß Gerungs.
Foto: Stadtgemeinde Groß Gerungs

¹²⁷⁾ Landtagssitzungsberichte (wie Anm. 122).

Als notwendige Vorbedingung für jedwede Betriebsansiedlung wurde eine Verbesserung der örtlichen Infrastruktur angesehen. Diese reichte von der Verkehrserschließung, der Nahversorgung, der Umweltsituation über öffentliche Ämter bis hin zu sportlichen und kulturellen Angeboten. Ernst Bezemek hält in seiner Analyse fest, dass viele ÖVP-Politiker, „aus Sorge vor dem Anwachsen sozialistischer Stimmen“¹²⁸⁾, mit Skepsis gegen jede Art von Industrieansiedlungen waren. Johann Haider, in seiner Eigenschaft als Bürgermeister von Groß Gerungs, hatte keine Scheu vor einem „Industriebetrieb“. Im März 1975 konnte die Gemeindezeitung schreiben: „Hurra, wir haben einen Betrieb“¹²⁹⁾. Damit war die Firma Respo gemeint, die im Sommer 1973 mit dem Bau einer Zweigniederlassung begann. Nach dem Standort in Weitra (1964) sollte auch in Groß Gerungs mit der fabrikmäßigen Erzeugung von Herren- und Damenoberbekleidung begonnen werden. Die Gesamtkosten beliefen sich auf 47,6 Millionen Schilling. Die Gemeinde Groß Gerungs kam der Firma Respo insofern entgegen, als sie bei der Österreichischen Kommunalkredit AG zur Aufschließung des Industriegeländes einen Kommunalkredit in der Höhe von zehn Millionen Schilling übernahm.¹³⁰⁾ Im Herbst 1975 nahm die Firma den Betrieb auf, und zu Beginn waren 68 Arbeiter sowie sechs Angestellte beschäftigt. In der Ausbauphase sollten 250 Arbeitnehmer eine Beschäftigung finden.¹³¹⁾ In der politischen Würdigung wurde diese Betriebsansiedlung eng mit der Person des Bürgermeisters verknüpft. Franz Romeder würdigte in der Sitzung des NÖ Landtages dessen Engagement: „Wo ist es im Waldviertel im Laufe der letzten Jahre schon gelungen, für 300 Menschen Arbeitsplätze zu schaffen und diese bis heute abzusichern?“¹³²⁾ Auf Dauer gelang diese Absicherung nicht, zu Weihnachten 1996 ist dem Textilhersteller „der Faden gerissen.“¹³³⁾

Am Beginn der 80er Jahre des 20. Jahrhunderts war in Groß Gerungs eine weitere Betriebsansiedlung geplant, die die Kräfte der Gemeinde sehr stark in Anspruch nahm. 1982 schrieb Johann Haider in den Gemeindenachrichten: *Wir müssen um Verständnis bitten, wenn angesichts der fortdauernden*

¹²⁸⁾ Bezemek, Der Raum Groß Gerungs (wie Anm. 98) S. 316.

¹²⁹⁾ StA Groß Gerungs, Gerungser Gemeinde-Nachrichten 1 (März 1975) S. 11.

¹³⁰⁾ Die Niederösterreichische Landesregierung beschloss, für die Marktgemeinde Groß Gerungs bei der Österreichischen Kommunalkredit AG einen Investitionskredit in der Höhe von 10 Millionen Schilling und für die Firma Respo, Bekleidungswerke Rudolf Zierhut, einen Investitionskredit in der Höhe von 23 Millionen Schilling zu übernehmen. Vgl. Landtags Sitzungsberichte des NÖ Landtages (X. Gesetzgebungsperiode), 3. Sitzung vom 13. November 1975, <http://www.landtag-noe.at/service/politik/landtag/sitzungen/10-gpw/1975-76/03-si.doc>.

¹³¹⁾ Ebd.

¹³²⁾ Landtags Sitzungsberichte (wie Anm. 122).

¹³³⁾ Kurier (28. Dezember 1996) S. 20. Bedingt durch einen Schuldenstand von 240 Millionen Schilling und dem damit einhergehenden Konkursantrag hatte der Betrieb nur noch eine kurze Lebensdauer. Vgl. Kurier (31. Dezember 1996 und 10. Jänner 1997) S. 21.

ausserordentlichen Anstrengungen im Zusammenhang mit der Errichtung des Kurhauses dieses oder jenes Anliegen etwas zurückgestellt werden muss.¹³⁴⁾ Von der Kuranstalt erhoffte man sich positive wirtschaftliche Auswirkungen auf die gesamte Region, die Ende der 1970er Jahre einen Strukturwandel durchmachte. Die Beschäftigtenzahlen in der Industrie sanken im Waldviertel von 1975 bis 1981 um 32 Prozent. Dies war Anlass für verschiedene Gegensteuerungsversuche, als dessen prominentester der „Waldviertelplan“¹³⁵⁾ zu nennen ist. Zusätzlich widmeten sich Studien der niederösterreichischen Landesregierung der Situation in einzelnen Bezirken.¹³⁶⁾ In einer 1981 veröffentlichten Studie für den Gerichtsbezirk Groß Gerungs des Instituts für Wirtschafts- und Sozialgeographie der Wirtschaftsuniversität Wien wurde eine touristische Ausrichtung der Region auf den Kurbereich angeregt. „Das Höhenklima, der Waldreichtum, die Reinheit der Luft könnten mehr als bisher genutzt werden und das höhere Waldviertel zu einer Erholungs- und Kurlandschaft werden lassen.“¹³⁷⁾ Gemäß der Studie sollte ein Moorbad und eine Kuranstalt zur Beseitigung von Schäden durch die Konsum- und Leistungsgesellschaft angedacht werden. Die Autoren hielten fest: „Für ein Moorbad bestehen bereits Pläne in Groß Gerungs.“¹³⁸⁾

Bereits 1980 wurde das Moorheilbad in Harbach eröffnet, welches Vorbildfunktion für Groß Gerungs hatte.¹³⁹⁾ Im Rahmen dieser Eröffnungsfeier am 29. Juni wurde auch das Projekt in Groß Gerungs fixiert. Bundeskanzler Dr. Bruno Kreisky sicherte eine Finanzierung im Rahmen der Grenzlandförderung zu, auch das Land NÖ (Landeshauptmann Siegfried Ludwig) konnte als Partner gewonnen werden. Der Verdienst von Bürgermeister Johann Haider liegt mit Sicherheit darin, dass Groß Gerungs und nicht die Nachbargemeinde Langschlag den Zuschlag bekommen hat. Auch hatte er als Obmann der bäuerlichen Sozialversicherung Einfluss auf das Verhalten der eigenen Kasse und konnte auch andere Krankenkassen für ein Engagement gewinnen. Und als Bürgermeister von Groß Gerungs hatte er nicht unerheblichen Einfluss in der Bereitstellung der Infrastruktur, angefangen vom Kauf der notwendigen Baugründe. Die vielen Schwierigkeiten in der Umsetzung des Projekts fasste Johann Haider kurz und pointiert als *seinen Kreuzweg*¹⁴⁰⁾ zusammen.

¹³⁴⁾ StA Groß Gerungs, Gerungser Gemeinde-Nachrichten (Mai 1982) S. 1.

¹³⁵⁾ Vorschläge für regionale Entwicklungsmaßnahmen für das Waldviertel, 2 Bände, herausgegeben vom Österreichischen Institut für Raumplanung (Wien 1980).

¹³⁶⁾ Vgl. Josef B a u m, Die regionalwirtschaftliche Entwicklung des Waldviertels in den achtziger Jahren. In: Wv 40 (1991) S. 201–212.

¹³⁷⁾ Friedrich Günther S c h a d l b a u e r / Karl Franz S c h a p p e l w e i n / Norbert S t a n e k, Entwicklungsstrategie für den Fremdenverkehr im Gerichtsbezirk Groß Gerungs. Im Auftrag der NÖ Landesregierung (Wien 1981) S. 5.

¹³⁸⁾ Ebd., S. 26.

¹³⁹⁾ Als Bauträger fungierte wie in Harbach die Firma Eder KG aus Althofen in Kärnten.

¹⁴⁰⁾ Niederösterreichische Nachrichten, Zwettler Zeitung, 112. Jg., Nr. 43 (22. Oktober 1981) S. 3.



Abb. 10: Das Herz-Kreislaufzentrum in Groß Gerungs (Oktober 2010).

Foto: Markus Holzweber

Nachdem am 16. Oktober 1981, bei Regen und kaltem Wetter, der Spatenstich¹⁴¹⁾ für das Herz-Kreislauf-Zentrum erfolgte, konnte das Haus bereits Anfang Mai 1983 von ersten Patienten bezogen werden. Nach einem kurzen Probebetrieb erfolgte am 2. Juli 1983 die offizielle Eröffnung durch Landeshauptmann Dr. Siegfried Ludwig und Sozialminister Alfred Dallinger unter den damaligen Geschäftsführern Hans Haider und Dkfm. Dr. Hermann Flatz.

Gerade die Geschäftsführung durch seinen Sohn Hans Haider brachte dem Bürgermeister Kritik der örtlichen Sozialdemokraten ein, die sich im April 1983, vor dem Hintergrund der Nationalratswahl¹⁴²⁾ am 24. April 1983, gegen den mutmaßlichen „Familienbetrieb“¹⁴³⁾ richtete: „Waun da Buagamoasta sogt, er hod koan Einfluß beim Kurhotö, daun muaß' a do goanz vageß'n haum, daß durt net nur die Gemeinde, sondern a er söwa beteiligt is, sei Sohn da Direkta und da Gemeindesekretär da Prokurist ist.“¹⁴⁴⁾

Allerdings war diese Verflechtung von privaten und gesellschaftlichen Interessen von nicht allzu langer Dauer. Das Herz-Kreislauf-Zentrum entwickelte

¹⁴¹⁾ „Bürgermeister Nationalrat Dr. Johann Haider muß als Vater dieser Kuranlage bezeichnet werden.“ Vgl. Zwettler Nachrichten der NÖ Land-Zeitung, 102. Jg., Nr. 43 (20. Oktober 1981) S. 6. Die Rolle und die Bedeutung der einzelnen Beteiligten ist nach wie vor Gegenstand von Diskussionen. Etwa hebt die Gerungs'er Rundschau Nr. 2 (2008) – die Zeitung der SPÖ Groß Gerungs – naturgemäß die Rolle der SPÖ-Politiker hervor.

¹⁴²⁾ In Groß Gerungs erhielt die ÖVP 2094 (bislang 2059), die SPÖ 626 (bislang 614), die FPÖ 88 (bislang 101) Stimmen. Vgl. Niederösterreichische Nachrichten, Zwettler Zeitung, 97. Jg., Nr. 17 (28. April 1983) S. 9.

¹⁴³⁾ Vgl. Gerungs'er Rundschau Nr. 2 (1989); ebenso: Gerungs'er Rundschau Nr. 1 und 2 (1985).

¹⁴⁴⁾ Gerungs'er Rundschau Nr. 2 (April 1983) S. 1.

sich zu einem modernen Betrieb mit derzeit 160 Mitarbeitern. In den ersten 25 Jahren wurden 60 000 Gäste und Patienten betreut.¹⁴⁵⁾

Am 13. Mai 1984 reichte Johann Haider seinen Rücktritt als Gerungser Bürgermeister ein, vielleicht ein „Muttertagsgeschenk“ an seine Gattin. Karl Schraml trat am 25. Mai 1984 die Nachfolge an, Haider selbst blieb bis zum Ende der Periode im Gemeinderat.

Zusammenfassung

Johann Haider starb am Dienstag, dem 12. August 1997, im 76. Lebensjahr. Er war Träger höchster Auszeichnungen. Diese Auszeichnungen spiegeln sein Wirken und sein Engagement für die Stadtgemeinde Groß Gerungs, im Bundesland Niederösterreich und für die Republik Österreich wieder.¹⁴⁶⁾

Kennzeichnend für sein politisches Wirken war sein Interesse am Menschen. Ihm war es ein zentrales Anliegen, die Sorgen der Zeit zu erfassen und diese Anliegen in seine Politik für den Menschen zu integrieren. Johann Haider blieb dem Waldviertel auch in seiner Zeit als Abgeordneter verbunden und setzte sich für eine Optimierung der Infrastruktur ein. Als Bürgermeister von Groß Gerungs war er darüber hinaus bestrebt, Verbesserungen der Arbeitsplatzsituation in der Region zu erreichen. In all seiner politischen Tätigkeit war ihm die Sozialpolitik für die bäuerliche Bevölkerung eine Herzensangelegenheit.



Abb. 11: Gedenkstein für Johann Haider. Foto: Markus Holzweber

¹⁴⁵⁾ Vgl. <http://www.herz-kreislauf.at/>.

¹⁴⁶⁾ Goldenes Ehrenzeichen mit Stern für Verdienste um die Republik Österreich, Goldenes Komturkreuz mit dem Stern für Verdienste an das Bundesland NÖ, Komturkreuz des Landes Burgenland, Große Goldene Kammermedaille der NÖ Landeslandwirtschaftskammer, Goldene Kammermedaille der Burgenländischen Landeslandwirtschaftskammer, Bauernbündehnenzeichen in Gold, der Titel Ökonomierat, Ehrenring der Österreichischen Sozialversicherung, Raiffeisenmünze in Gold, Ehrenzeichen vom Hl. Hippolyt der Diözese St. Pölten, Ehrenring der Stadtgemeinde Groß Gerungs, Ehrenring der Marktgemeinde Blindenmarkt, Ehrenring der Gemeinde Schloß Rosenau, Ehrenbürger der Stadtgemeinde Groß Gerungs, Ehrenobmann des ÖVP-Hauptbezirkes Zwettl. Vgl. Archiv der ÖVP für den Bezirk Zwettl, Chronik 50 Jahre ÖVP, 1945–1995.



Abb. 12: Gemeinsame Zugfahrt mit Bundeskanzler Kreisky.
Foto: Fritz Haider

Federführend war er bei entscheidenden Verbesserungen im Bereich der Sozialversicherung.

Politische Weggefährten beurteilen sein Handeln aus heutiger Sicht wie folgt: Auf Gemeindeebene bezeichnete ihn Karl Schraml als „Bahnbrecher der Nachkriegsjahre“¹⁴⁷⁾, da er sich in all seinen politischen Funktionen für einen wirtschaftlichen Auf- und Ausbau der Stadt einsetzte. Der heutige Bundespräsident Dr. Heinz Fischer, der im Jahr 1962

im SPÖ-Parlamentsklub zu arbeiten begonnen hatte – im gleichen Jahr wurde Johann Haider als Abgeordneter in den Nationalrat entsandt –, würdigte Haiders Verdienste in der Sozialpolitik und bestätigte sein „über die Grenzen seiner Fraktion hinausreichendes Ansehen.“¹⁴⁸⁾ „Ein ordentlicher Mann, ein ordentlicher Abgeordneter“¹⁴⁹⁾ brachte es Hannes Androsch



Abb. 13: Die Bewirtung des Bundeskanzlers durch die Söhne Johann Haiders.
Foto: Fritz Haider

¹⁴⁷⁾ Schraml, Gemeinde Wurmbrand (wie Anm. 102) S. 94.

¹⁴⁸⁾ Bundespräsident Dr. Heinz Fischer in einem Brief an den Verfasser vom 19. August 2008.

¹⁴⁹⁾ Telefonnotiz eines Gesprächs mit Vizekanzler a.D. Dipl.-Kfm. Dr. Hannes Androsch am 2. Oktober 2008.

auf den Punkt. Franz Romeder konstatiert abschließend: „Einer der bedeutendsten, wenn nicht der bedeutendste Abgeordnete des Waldviertels.“¹⁵⁰⁾



Abb. 14: Bundeskanzler Bruno Kreisky mit der Familie Haider.

Foto: Fritz Haider

¹⁵⁰⁾ Landtagspräsident a.D. Mag. Franz Romeder, Auskunft am 13. Oktober 2008.

BAND 3 DER
**WALDVIERTLER
BIOGRAPHIEN**

BIETET BIOGRAPHIEN
FOLGENDER PERSONEN:

PAUL HILLAMEIR; REICHART STREIN VON SCHWARZENAU;
CASPAR LEUSERING; JOSEPH MILDNER; GEORG RITTER VON SCHÖNERER;
LOUISE HACKL; EDUARD MADER; P. WILHELM SCHIER;
P. MAURUS KNAPPEK; HEINRICH RAUSCHER; EDUARD KRANNER;
WALDEMAR FUCYMAN; LEO WALDMANN; ELIS STEMBERGER;
HANS KAPITAN; FERDINAND TRENTINAGLIA; ROSA KIENNAST;
RUDOLF KIRCHSCHLÄGER; ANNA KÖRNER; JOHANN HAIDER;
HANS SCHWABENICKY; LEOPOLD FRIEDL.



ISBN: 3-900708-26-6 bzw. 978-3-900708-26-9

SCHRIFTENREIHE DES WALDVIERTLER HEIMATBUNDES BAND 52